

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz

67. Sitzung
16. April 2026

Beginn: 09.01 Uhr
Schluss: 12.02 Uhr
Vorsitz: June Tomiak (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende June Tomiak: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0280](#)
Berlin Water Model – Zukunft des Berliner
Wasserkreislaufs UK
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0294](#)
Schutz des Berliner Wassers und klimaresilientes UK
Wassermanagement
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Hierzu: Anhörung

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist Frau Bathe von der SenMVKU anwesend und steht für Fragen zur Verfügung. Zudem begrüße ich als Anzuhörende Frau Dr. Grütmacher von den Berliner Wasserbetrieben – herzlich willkommen! –, Herrn Dr. Pallasch als Vertreter der Ingenieurgesellschaft Prof. Dr. Sieker mbH– auch an Sie herzlich willkommen! –, Frau Dr. Rouault, Geschäftsführerin des Kompetenzzentrums Wasser Berlin und ist in Begleitung von Herrn Dr. Matzinger heute hier – auch an Sie herzlich willkommen! –, und Herr Dr. Tzoupanos von der TU Berlin. Herzlich willkommen auch an Sie! Sie sind darauf hingewiesen worden, dass diese Sitzung live auf der Webseite übertragen wird, sowohl gestreamt als auch, dass es eine Aufzeichnung geben wird. Darf ich feststellen, dass Sie mit diesem Vorgehen einverstanden sind? – Ich sehe Nicken, sehr schön. Vielen Dank! Dann verfahren wir so. Möchte der Ausschuss die Anfertigung eines Wortprotokolls zu diesem Tagesordnungspunkt? – Das ist so, dann verfahren wir so und machen das. Möchten die antragstellenden Fraktionen der CDU und/oder der SPD eine Begründung des Besprechungsbedarfs zu TOP 3 a vornehmen? – Dem ist so. Herr Freymark fängt an.

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank für Ihre Geduld, liebe Anzuhörende! Ich sehe fünfmal Dokortitel – also mehr Kompetenz ist heute gar nicht möglich als mit Ihrer Anwesenheit. Das Berliner Water Model ist ein wissenschaftliches Simulationsmodell für den Berliner Wasserhaushalt, mit dem wir uns intensiver beschäftigen wollen, das vor drei Jahren auch mit Bundesmitteln auf den Weg gebracht und mit dem Kompetenzzentrum Wasser Berlin entwickelt wurde. Schön, dass Sie selbst mit dabei sind, sogar zu zweit! Was wir sehr wichtig finden, ist, dass wir mal transparenter machen, wie wir mit den unterschiedlichen Wasserquellen umgehen – Niederschlag, Grundwasser, Flusswasser, Abwasser – und das in einen Kontext von Hitzeperioden und Starkregenereignissen setzen. Diese ganzen Widersprüche, diese ganzen Schwierigkeiten und Veränderungen abzubilden, ist, glaube ich, eine besondere Aufgabe, wo wir sehr froh sind, dass es Sie gibt, um das nicht nur zu begleiten, sondern vielleicht sogar mit neuen innovativen Ideen anzureichern.

Mit den BWB haben wir einen sehr starken Partner. Das ist, glaube ich, kein Geheimnis, dass wir uns sogar wünschen würden, dass noch mehr Aufgaben da sind. Wenn Sie die Stadtwerke abgegeben haben, können Sie vielleicht an anderer Stelle neue Kräfte für das Berliner Wasser einsetzen. Sie sehen, es ist einiges los in der Stadt. Deswegen hatten wir ein großes Bedürfnis, uns heute mit Ihnen fachlich auszutauschen. Schön, dass Sie unsere Gäste sind!

Vorsitzende June Tomiak: Frau Vierecke!

Linda Vierecke (SPD): Vielen Dank! – Ich freue mich auch sehr auf diese Anhörung! Ich war vor ein paar Monaten bei Frau Dr. Rouault beim Kompetenzzentrum Wasser und habe mir das Berlin Water Model schon einmal vorstellen lassen. Da haben wir gleich gesagt, dass das eine größere Öffentlichkeit bekommen muss, weil das Simulationsmodell – das werden Sie viel besser erklären können als ich – noch einmal zeigt, welche Herausforderungen, welche Chancen wir vielleicht auch haben, mit denen wir unser Wasser besser steuern.

Was passiert, wenn wir verschiedene Parameter ändern? – Ich glaube, dass wir alle wissen, dass wir schon enorme Herausforderungen in der Stadt haben. Die Spree ist im Sommer kurz vorm Rückwärtsfließen, aber zumindest kein wallender Fluss, der sich von selbst reinigt, sondern wir müssen da viel Energie – vielen Dank an die Wasserbetriebe, die das machen! – reinstecken. Wir haben andere Herausforderungen. Wir haben durch den Klimawandel sinkende Grundwasserstände, gleichzeitig den Wasserverbrauch durch die Bevölkerung, der steigt. Wir haben eben viele versiegelte Flächen in der Stadt, die verhindern, dass das Regenwasser ordentlich versickern kann und neues Grundwasser entsteht. Das belastet das System, da müssen wir ran.

Ich glaube, wir haben mit dem Klimaanpassungsgesetz, das uns gelungen ist, in dieser Legislaturperiode auf den Weg zu bringen, das der Senat versucht, in die Umsetzung zu bringen, eigentlich gerade die spannendsten Parameter, die man haben kann. Damit haben wir wirklich einen Gamechanger. Ich glaube, dass das der einzige Weg und Berlin da Vorreiterin ist und hoffentlich auch eine Blaupause für andere.

Gleichzeitig haben wir eine Situation, dass wir keine Insel sind, sondern uns im Kontext bewegen, dass wir Brandenburg mit dem endenden Kohleabbau haben; wir werden weniger Wasser in der Stadt haben. Den Klimawandel habe ich genannt. Wir sind von anderen Flüssen abhängig. Es ist ein Geflecht. Das alles finde ich superspannend und habe manchmal das Gefühl, dass das noch mehr nach draußen muss. Dieser Ausschuss kann das leisten, die Öffentlichkeit zu geben. Ich freue mich sehr auf Ihre Expertise und bin auch gerne bereit, noch vieles Neues heute zu lernen. – Danke!

Vorsitzende June Tomiak: Möchte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Begründung des Besprechungsbedarfs zu TOP 3 b vornehmen? – Das ist der Fall. – Herr Lux, Sie haben das Wort!

Benedikt Lux (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Wir bedanken uns auch für Ihre Expertise und freuen uns auf die Anhörung! Wir freuen uns auch über die Öffentlichkeit, die die Koalition herstellen will, und über den fachlichen Austausch. Uns geht es darüber hinaus aber auch um eine politische Frage, um die Frage der Entscheidungsfähigkeit dieses Landes in Wasserfragen. Dazu ist meiner Fraktion jedenfalls bis heute nichts bekannt, was der Senat und die ihn tragenden Koalitionsfraktionen eigentlich leisten, um die Versorgung dieses Bundeslandes mit ausreichend Wasser zu sichern, angesichts der Herausforderungen, die ja zu Recht benannt worden sind: bis zu 75 Prozent weniger Spreewasser in manchen Szenarien, 60 Prozent weniger Niederschlag im Vergleich zu anderen Jahren, Klimaanpassungsdruck und so weiter.

Mit Verlaub: Das Klimaanpassungsgesetz, das von der Zivilgesellschaft erkämpft werden musste, hier als echten Gamechanger zu bezeichnen, dessen Vollzug wir noch nicht einmal kennen, wird, glaube ich, den Herausforderungen nicht gerecht. Auch die guten Erkenntnisse und Möglichkeiten aus der Senatsverwaltung für Umwelt, die es seit Jahren gibt – Masterplan Wasser et cetera –, liegen auf den Tisch. Die Frage ist nur, was auch angesichts der europäischen Verpflichtung im Rahmen der Wasserrahmenrichtlinie umgesetzt wird. Gestatten Sie mir diese Vorbemerkung.

Wir haben die Herausforderungen oder das, was man tun müsste, um die drohende Wasserkatastrophe abzuwenden – dazu brauchen wir mal ein Bekenntnis des Senats, welche Lösungen Sie eigentlich anpeilen. Die liegen doch auf dem Tisch. Wir erwarten von Ihnen heute, dass Sie uns einen Zeitplan geben, wie angesichts des Spree- und des Lausitzszenarios mit den Möglichkeiten, die auf dem Tisch liegen, umgegangen wird. Da gibt es aus umweltpolitischer Sicht welche, die erhebliche, ganz schwerwiegende Eingriffe in die Natur bedeuten würden, Stichwort Überleitungen, einmal aus der Elbe, was wahrscheinlich noch der geringere Eingriff wäre zu der Überleitung, die auch auf dem Tisch liegt, aus der Ostsee oder aus dem Norden, die man aber gleichzeitig, bevor hier gar kein Wasser mehr ist, ja angehen müsste und wahrscheinlich heute schon angehen müsste, damit sie rechtzeitig da wäre.

Ein drittes Szenario ist die Frage Stauhaltung, wahrscheinlich der einzige Druckpunkt, den das Land Berlin selbst hätte. Wie steht der Senat dazu? Wie laufen die Gespräche mit Brandenburg und Sachsen? Der Bund hat sich ja rausgezogen, wenn ich das richtig sehe. Das Umweltbundesamt macht irgendwie nett Studien, sagt aber selbst: Wir als Bund haben eigentlich keinen Auftrag, hier zu helfen. – Das heißt, Berlin, Brandenburg und Sachsen mit den unterschiedlichen Interessen müssen diesen Knoten lösen. Wie wollen Sie das tun? Das ist die erste zentrale Frage. Die zweite Frage geht – keine Krise sollte ungenutzt bleiben – in die Richtung, wie es mit vorbeugendem Sparen aussieht. Ich glaube ehrlich gesagt nicht, dass das Klimaanpassungsgesetz, Schwammstadt, selbst wenn wir da Ihre Anstrengungen verfünffachen würden, reichen, um die Szenarien abzubilden, aber vielleicht täusche ich mich auch und bin hier der Schwarzmalter, dann freue ich mich darüber eines Besseren belehrt zu werden.

Abschließend, rein formal: Wir haben am Montag einen Fragenkatalog vorgelegt, ich denke rechtzeitig, der die zentralen Fragen auch nach der politischen Handlungsfähigkeit des Senats adressiert und erwarten hier eine Beantwortung auch durch den Senat. Wenn Anzuhörende darauf eingehen wollen gerne, aber uns ist wichtig, dass wir hier auch Antworten auf die ganz zentralen Fragen bekommen. – Danke!

Vorsitzende June Tomiak: Ich möchte nun den Anzuhörenden das Wort erteilen und würde Sie bitten, Ihre Stellungnahme nach Möglichkeit zunächst auf fünf Minuten zu begrenzen. Sie werden im Anschluss an die Aussprache auch die Möglichkeit haben, Fragen, die mit Sicherheit aufkommen werden, zu beantworten. – Als Allererste würde ich Frau Dr. Grützmaker das Wort erteilen. – Vielen Dank!

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Dr. Gesche Grützmaker (Berliner Wasserbetriebe – BWB –): Vielen Dank! – Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich freue mich sehr, dass dieses Thema so pro-

minent heute hier besprochen wird, denn es liegt uns natürlich allen am Herzen und gerade als BWB fühlen wir uns für die Versorgung der Stadt zuständig, sind auch zuständig, und wir denken, dass das auch ein Thema in der Öffentlichkeit sein muss.

Wir als BWB sind für den Bereich Trinkwassergewinnung, Trinkwasserversorgung, -verteilung und Abwasserentsorgung zuständig, aber wir müssen den urbanen Wasserkreislauf gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Umwelt bewirtschaften, denn das, was dazwischenliegt, die Oberflächengewässer, ist das Kompartiment, wo die Umweltverwaltung die Hoheit hat. Das machen wir auch, da sind wir in enger Zusammenarbeit. Von daher fokussiere ich mich erst einmal auf den Bereich, den wir unter unserer Kontrolle haben, aber es ist ganz naturgemäß, dass wir auch mit der Senatsverwaltung für Umwelt in engem Austausch sind.

Im Rahmen der Daseinsvorsorge sind wir ständig bemüht zu schauen, wie wir zukünftig die Stadt mit Wasser versorgen können. Im Gegensatz zu vielen anderen großen Städten gewinnen wir das Grundwasser auf dem Stadtgebiet der Stadt Berlin über Brunnen, die Uferfiltrat aus den Oberflächengewässern gewinnen und – indirekt natürlich, aber sehr stark – durch die Oberflächengewässer beeinflusst werden. Um dies für die Zukunft zu extrapolieren, haben wir unter dem Eindruck der Dürrejahre in 2018/2019 ein Resilienzkonzept erarbeitet, in dem wir ermittelt haben, wie zukünftig der Bedarf ist und wie viel zur Verfügung steht. Das Ganze ist auch in den Masterplan Wasser eingeflossen; das kennen Sie alles. Ich will nur ganz kurz auf die Ergebnisse eingehen.

Das System, wie wir es haben, ist robust. Das ist durch unsere Mütter und Väter gut angelegt worden, dadurch, dass wir die Balance zwischen Oberflächenwasser, Grundwasser haben. Je nachdem, wo das Wasser zur Verfügung steht, kann man das verstärkt nutzen. 70 Prozent ist Uferfiltrat, aber durch – und das ist auch ganz wichtig – die Stauhaltung in Berlin – Mühlendamm Schleuse, Spandau, Kleinmachnow et cetera – halten wir das Wasser ganz gut in der Stadt. Wichtiger für die Uferfiltration ist der Wasserspiegel. Das heißt, wenn wir geringere Abflüsse haben, dann wird es erst einmal nicht dazu führen, dass der Wasserstand absinkt. Dazu hat es Modellierungen gegeben. Das hat die Senatsverwaltung umgesetzt. Diese Modellierungen haben damals gezeigt, dass selbst wenn wir nur noch ein Viertel des Abflusses der Trockenjahre, die wir 2018/2019 hatten, haben, würden in der Spree die Wasserstände stabil bleiben. Die Wassermenge ist zumindest nach derzeitigem Kenntnisstand nicht das Problem. Wichtiger ist die Wasserqualität. Warum halten wir die Wasserstände stabil? – Weil wir das geklärte Abwasser genau in diese Staustufen wieder einleiten. Das bedeutet aber, dass wir in Dürrephasen einen höheren Anteil an gereinigtem Abwasser im Oberflächenwasser haben als bisher.

Dieses gereinigte Abwasser entspricht im Moment den geltenden Grenzwerten, aber dadurch, dass wir einen Einfluss auf die Trinkwasserqualität haben, haben wir schon in 2014 als BWB gesagt, dass wir noch strenger rangehen müssen. Deswegen haben wir damals mit der Spurenstoffstrategie eine vierte Reinigungsstufe für alle Klärwerke angestoßen. Das kommt jetzt auch langsam in die Umsetzung. Da sind wir einen Schritt vor der kommunalen Abwasserrichtlinie. Da wird es für besonders sensible Gebiete auch vorgeschrieben werden, dass wir eine Spurenstoffentfernung in den Klärwerken haben. Das bedeutet, dass wir alle Klärwerke mit einer Spurenstoffentfernung ausstatten, sodass wir dann, sagen wir, auch einen erhöhten Anteil an gereinigtem Abwasser in den Oberflächengewässern für die Trinkwasserqualität ertragen können.

Trotzdem müssen wir zusehen, dass wir entsprechend des Bedarfs – wir werden aufgrund der steigenden Bevölkerung auch einen erhöhten Wasserbedarf haben – zusätzliche Wasserwerke und Brunnengalerien bauen – das ist etwas, was wir auf unserer Agenda haben – und auf der anderen Seite auch fördern. Da schauen wir jetzt auf die 30 Prozent Grundwasserneubildung – das eine ist Uferfiltrat, das andere Grundwasserneubildung –, um die zu fördern. Waldumbau, zusätzliche Grundwasseranreicherung sind alles Maßnahmen, wo wir derzeit einen Handlungsbedarf sehen. Die Schwammstadt passt da super rein, weil das bedeutet, dass wir den Regen, der hier auf dem Stadtgebiet fällt, nicht ungenutzt ableiten, sondern für die Grundwasserneubildung zumindest zu gewissen Anteilen nutzen und auch Mischwasserüberläufe verringern/verhindern, damit wir auch die Wasserqualität – und da sind wir wieder bei der Wasserqualität im Fluss – positiv beeinflussen können.

Zu dem Thema Modelle: Wir sind natürlich auch gemeinsam mit dem KBW in den Forschungsprojekten beteiligt. Wir haben eigene unterschiedliche Modelle mit unterschiedlichen Schwerpunkten, und die sind enorm wichtig. Denn es ist ganz klar: Keiner weiß, wie die Zukunft wird, und wir müssen in der Lage sein, verschiedene Szenarien auch durchrechnen zu können. Es ist aber auch wichtig, dass es unterschiedliche Modelle gibt, denn alle haben unterschiedliche Schwerpunkte. Manche sind ganz einfach und sehr grob. Da kann ich nur mal kurz gucken, welchen Einfluss es für Gesamtberlin hat, wenn ich beispielsweise einen Klärwerksableiter hier hinlege oder dort hinlege. Das sind eher diese statischen Modelle. Dynamische Modelle, gerade auch die, die die Wasserqualität mit berücksichtigen, sind vor allem für die Wasserqualität in den Oberflächengewässern für die Ökologie wichtig. Hier kann ich dann Extremereignisse wie Dürre, aber auch Starkregeneignisse viel besser abbilden. Das heißt, dass Modelle uns helfen werden, diese verschiedenen Szenarien, die wir für die Zukunft haben, auch entsprechend abzubilden, vermitteln zu können. Das ist, glaube ich, auch ganz wichtig, dass es auch ziemlich konkret sichtbar ist, was eigentlich dieses und jenes Szenario bedeutet. – Damit bin ich an meinem Schluss angelangt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, und ich freue mich nachher auf die Fragen!

Vorsitzende June Tomiak: Herzlichen Dank! – Dann hat Herr Dr. Pallasch das Wort.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Dr. Matthias Pallasch (Ingenieurgesellschaft Prof. Dr. Sieker mbH): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Frau Senatorin! Sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder des Ausschusses! Ich spreche hier in Vertretung für Professor Sieker für die Planungspraxis und in dieser Rolle auch für das Netzwerk Berlin-Brandenburger wasserwirtschaftlicher Unternehmen. Aus diesem Kreise haben wir vor zwei Wochen einen Fünf-Punkte-Plan für die Umsetzung der Schwammstadt veröffentlicht. Worauf ich folgend kurz eingehen will. Frau Dr. Grützmaker hat schon die Bedeutung des Niederschlagswassermanagements für Berlin herausgehoben. Wir wissen, dass das Konzept der Schwammstadt ganz wichtig ist, für unser Stadtgrün, für die Probleme, die wir Stadtklimatisch haben, also Hitze, Starkregen, für unsere Oberflächengewässer, für unser Grundwasser.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wo stehen wir da mit diesem Projekt der Schwammstadt? – Berlin hat viel geschafft. Wir haben viele Leuchtturmprojekte in der Stadt, die auch international bekannt sind. Wir haben sehr viel Know-how in Berlin und Brandenburg und insofern eine positive Wahrnehmung. Das Klimaanpassungsgesetz, was hier schon zitiert wurde, schafft durchaus eine sehr sinnvolle Verknüpfung zwischen Stadtklima und dem Regenwassermanagement. Es fehlt auch nicht an politischer Willensbekundung. Wir haben die blau-grüne Allianz; die Regierung selbst hat sich zum Ziel gesetzt, die Schwammstadt umzusetzen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Aber wo es definitiv Defizite gibt, ist bei der Umsetzung. Wir sehen das zum Beispiel in vielen Berliner Regelwerken, und das ist das, mit denen wir in der Planungspraxis uns tagtäglich auseinandersetzen müssen, wo der Wasserhaushalt in Gänze gar nicht die Berücksichtigung findet. Da geht es doch noch sehr klassisch um die Frage der Entwässerung. Gleichzeitig se-

hen wir, dass für die stringente Umsetzung der Schwammstadt mit seinen vielen Elementen auch in dieser Vielzahl von Prozessen entscheidende Zuständigkeiten nicht geregelt sind. Ich denke, das ist auch eine Erkenntnis, die unter anderem auch schon im Klimaanpassungsgesetz ablesbar ist.

Wir sehen auch, dass nicht das Finanzierungsinstrument fehlt. Wir haben zum Beispiel das Niederschlagswasserentgelt, aber es braucht an bestimmten Stellen noch die sinnvolle Zuordnung dieser Gelder an die Umsetzenden und dann auch an die betreibenden Akteure.

Zu guter Letzt – auch aus der Planungspraxis –: Wir sehen vor diesem immensen Flächen- druck, mit dem wir in Berlin planen, dass wir insbesondere in Berlin viele berlinspezifische untergesetzliche Regelung haben, die, wenn wir sie alle anlegen – und es sind nicht nur Rege- lungen, die konkret die Wasserwirtschaft betreffen –, dass wir letztendlich ein umsetzungs- hemmendes Planungskorsett haben, weil wir den ganzen Inhalten der gesetzlichen Regelun- gen auf der begrenzten Fläche nicht nachkommen können.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Insofern: Was muss geregelt werden? Da komme ich zu diesem besagten Fünf-Punkte-Plan des Netzwerks MARIS. Wir denken, dass es sehr wichtig ist, für die Umsetzung der Schwammstadt Zuständigkeiten besser zu klären. Im Raum steht, und das fordern wir, dass der Rahmenvertrag, der die Aufgaben der BWB definiert, um die neuen Aufgaben, die die Schwammstadt mit sich bringt, unter anderem der Rückhalt und dann auch die Ressource Wasser nutzbar zu machen, erweitert wird.

Die Finanzierung des Betriebs blau-grüner Infrastruktur muss stärker geregelt werden, dass die Niederschlagswassergebühr auch dort ankommt, wo Niederschlagswasser genutzt wird, aber dann diese Anlagen zu diesem Zwecke auch betrieben werden müssen.

Es ist definitiv sinnvoll, auch die Regelwerke zu prüfen, in welchem Maße Regelwerke den Zielen der Schwammstadt durch die Umsetzungsbarriere im Wege stehen. Wir haben be- grenzten Raum, und wenn wir all diese Flächenansprüche, die aus verschiedenen gesetzlichen Regelungen kommen, verorten, werden wir nicht in die Umsetzung kommen. „Wasser als Ressource denken“ ist sicherlich der übergeordnete Rahmen und für Berlin eben auch ganz wichtig. Wir müssen die Kompetenzen, die wir in der Stadt haben, und die entsprechenden Ausbildungsbetriebe auch in Berlin halten. – Vielen Dank!

Vorsitzende June Tomiak: Vielen Dank! – Dann hat Frau Dr. Rouault das Wort.

Dr. Pascale Rouault (Kompetenzzentrum Wasser Berlin gGmbH – KWB –): Ich bedanke mich für die Einladung! Liebe Vorsitzende! Liebe Frau Senatorin! Liebe Abgeordnete! Dadurch, dass wir zum ersten Mal in diesem Kreis sind, habe ich mir erlaubt, zwei Worte zu unser Kompetenzzentrum Wasser Berlin zu sagen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Uns gibt es seit 25 Jahren im Schatten, aber zum ersten Mal hier. Was machen wir? – Wir machen angewandte Forschung zum gesamten Wasserkreislauf, und unsere Lösungen, Mo-

delle werden in der Regel auch umgesetzt, nicht nur in Berlin, aber meist eben in Berlin. Unsere Gesellschafter sind die Berliner Wasserbetriebe, Berlin Wasser und die Technologiestiftung Berlin. Wir finanzieren unsere Forschung aus Drittmitteln, die wir so einwerben, für uns, für unsere Kolleginnen und Kollegen, die hier arbeiten, die KMU [phonet.] oder die Berliner Wasserbetriebe oder Senatsverwaltungen. Wir können uns das nur leisten, weil wir auch noch Beratungstätigkeiten machen und eine Grundfinanzierung aus Restgeldern von Veolia haben, die aber bald ausläuft. Nur dazu!

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ich wurde gefragt, ob ich etwas zum klimaresilienten Wassermanagement sagen kann. Es ist wichtig, zu unterscheiden, dass wir eine lokale Klimaresilienz haben – das sind genau die Punkte, die wir zur Schwammstadt angesprochen haben. Es geht um die Herausforderung, die wir für die Stadt und das Stadtklima haben. Es geht um die Grün- und Wasserversorgung des Stadtgrüns, und es geht um die Überflutung bei Extremwetterereignissen. Das ist genau, was unser neues Klimaanpassungsgesetz will. Dazu werde ich ein paar Worte sagen. Wir unterscheiden das von der regionalen Klimaresilienz, die sich wirklich mit der Gewässerökologie, Gewässerqualität und Trinkwasserversorgung beschäftigt, was Frau Grützmacher schon erwähnt hat.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wenn wir über die lokale Klimaresilienz im Quartier reden, geht es darum, dass wir heute einen Wasserhaushalt haben, der dazu führt, dass 62 Prozent unseres Regenwassers einfach als Abfall in die Gewässer oder durch die Kläranlage fließen. Das führt dazu, dass wir Probleme mit Mischwasserüberläufen, Starkregen oder Hitze haben. Wir wollen die Stadt zum Park machen. Das ist eigentlich auch richtig gewollt. Das bedeutet, wir müssen unseren Wasserhaushalt verändern. Was wollen wir? – Wir möchten nicht mehr 62 Prozent haben. Wir wollen zum natürlichen Wasserhaushalt gehen, das heißt nur noch 1 Prozent. Die Maßnahmen dafür sind bekannt.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ganz neu: Durch unsere Projekte AMAREX und auch Smart Water haben wir mit den Senatsverwaltungen, den Wasserbetrieben und der Regenwasseragentur das Modell ABIMO weiterentwickelt, sodass wir die Differenz zum natürlichen Wasserhaushalt ausrechnen können. Wenn Sie sich diese Karte angucken: Für jeden Block in Berlin oder Straße können wir visuell ermitteln, welches Problem wir haben. Die roten Flächen sind die Flächen, an denen wir arbeiten müssen. Wenn wir uns die Hitzekarten angucken, sind das genau dieselben Flächen. Wenn wir an dem Wasserhaushalt arbeiten, schaffen wir eigentlich auch ein besseres Klima für unsere Bürgerinnen und Bürger

Dieses Modell steht im Geoportal zur Verfügung, es steht auch als Webtool oder als Open-Source-Modell zur Verfügung. Es ist wirklich sehr stark. Es ermöglicht uns, Hotspots zu finden und die Wirkung von blau-grünen Maßnahmen auf die wassersensible Stadt darzustellen. Weitere Ergebnisse sind der Blau-Grün-Infrastrukturplaner für die Stadtentwicklung und ein Bürger:innentool, das Leute ermöglicht, damit zu spielen und zu verstehen, was wir machen

können. Dieses Modell ist sehr gut für das Monitoring und die Wirkungsabschätzung des Klimaanpassungsgesetzes geeignet.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Das zweite Thema Berlin Water Model. Das ist ein englisches Wort, weil es durch ein EU-Projekt finanziert wurde und mit der Senatsverwaltung für Umwelt und den Berliner Wasserbetrieben zusammen entwickelt worden ist. Das ist wirklich ein dynamisches Mischungsmodell für die Bewertung von Klimaanpassungsmaßnahmen auf die Berliner Trinkwasserversorgung und die Ökologie.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ich weiß, dass ist gar nicht so spannend, sich das so anzugucken, aber es ist spannend zu sehen. Die 34 Gewässerabschnitte werden hier dargestellt, und für jeden Abschnitt können wir im Stundentakt ausrechnen, wie die Quantität und die Qualität der Oberflächen- und Grundwasser so aussehen. Das Besondere an diesem Modell ist, dass wir die Regenwassereinleitung berücksichtigen, und das heißt auch die Mischwasserüberläufe. Die Verdunstung ist auch enthalten. Wir haben auch geprüft, dass das Modell in der Lage ist, darzustellen, wenn die Spree rückwärts fließt. Das Modell wurde validiert und mit allen Daten und Forschungsergebnissen der letzten Jahrzehnten, würde ich sagen, entwickelt.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Für weitere Untersuchungen braucht man aber noch mehr Informationen. Wir wissen, wenn wir dieses Modell für die Bewertung der Ökologie nutzen wollen, dass die Abkopplung sehr wichtig ist. Das haben wir schon gehört. Wir wissen, dass wir, wenn wir 30 Prozent Entsiegelung schaffen, wir auch die Mischwasserüberläufe um 50 Prozent reduzieren. Das ist ganz wichtig. Wir haben geprüft, dass dieses Modell in der Lage ist, genau diese Abflüsse darzustellen/auszurechnen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Zweiter Punkt; wir haben das schon gehört: Es ist geplant, diese vierte Reinigungsstufe umzusetzen, und dieses Modell ist in der Lage, die Belastung der Gewässer auszurechnen. Hier als Beispiel Valsartansäure: Das ist ein Blutdruckmittel, das viele Menschen einfach so nehmen, das eigentlich langsam auch reduziert wird. Wir sehen hier, welche Belastung wir in den Gewässern haben. Das ist für das Trinkwasser auf jeden Fall noch unbedenklich, weil wir noch diese Bodenpassage haben. Es ist aber wichtig zu wissen, wie es dann aussieht, wenn die Klärwerke wirklich ausgestattet sind. Mit dem Modell haben wir die Möglichkeit, genauere Untersuchungen zu machen und Extremereignisse, Trockenperioden und so weiter zu untersuchen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Was können wir heute machen? – Wir haben viele Modelle, die einsetzbar sind, also dieses ABIMO-Modell für das Klimaanpassungsgesetz, wir haben das Berlin Water Model, die stehen alle zur Verfügung. Damit können wir ganz viele Analysen machen. Wir können Risikoabschätzungen machen, aber das Modell kann auch weiterentwickelt werden und so weiter.

Heute haben wir einfach so einen Stand. Wir haben schon mit den BWB und der SenMVKU Gespräche geführt, um diese Modelle auch weiterzunutzen, weiterzuentwickeln, aber unser Projekt ist jetzt abgeschlossen. Deswegen sind wir sehr gespannt auf die weiteren Schritte. Vielen Dank!

Vorsitzende June Tomiak: Vielen Dank! – Dann hat Herr Dr. Tzoupanos das Wort.

Dr. Nikolaos Tzoupanos (TU Berlin): Hallo! Auch von meiner Seite vielen Dank für die Einladung! Die Probleme sind ja bekannt und die Lösungen eigentlich schon jetzt vorgestellt. Da ist jetzt von meiner Seite nicht mehr viel zu sagen. Ich würde nur auf eine potenzielle Herausforderung in der Qualität hinweisen. Sinkende Wasserstände können in der Zukunft auch gleichzeitig steigende Schadstoffkonzentrationen bedeuten. Die Einträge sind da. Die Inputs lassen nicht nach, die werden intensiver. Das kann natürlich zu weiteren Problemen führen, zum Beispiel Überschreitung von Grenzwerten. Es kommt bald die neu revidierte Wasserrahmenrichtlinie mit einer sehr langen Liste mit Grenzwerten über viele Parameter, vor allem organische Mikroschadstoffe für Gewässer und eine kleinere Liste für Grundwasser mit auch neuen Substanzen, mindestens neu für die Gesellschaft. Ein gutes Beispiel sind die Per- und polyfluorierten Alkylverbindungen, die sogenannten PFAS, ein großes Thema in den letzten Jahren.

Man muss aber hier sehen, dass es Diskrepanzen und Unterschiede zwischen den Richtlinien gibt. Zum Beispiel die neue Liste, die für Gewässer und Grundwasser kommt; das ist, wie gesagt, eine sehr lange Liste. Im Trinkwasser sind die PFAS ein gutes Beispiel, deswegen habe ich die erwähnt. Es werden 25 dieser PFAS geregelt, aber wenn man das Trinkwasser untersucht, sind es nur 20, und die sind nicht identisch, und diese 20 werden als veraltet betrachtet. Wenn man jetzt zum Abwasser geht: Abwasser ist wichtiger Eintragspfad von Mikroschadstoffen in Gewässer und in das Grundwasser. Es gibt natürlich eine Liste mit Schadstoffen, die entfernt werden müssen, aber nicht alle. Man kann sich das erst einmal aussuchen, im Gegensatz zur WRRL, wo einer sehr lange Liste enthalten ist. Die PFAS zum Beispiel werden überhaupt nicht geregelt. Vielleicht müssen wir in diesen Fall auch nach anderen Minderungsmaßnahmen schauen, andere Maßnahmen ergreifen, Minderung an der Quelle und vielleicht auch eine flexible Überwachung, nicht nur Überwachung nach den Richtlinien und Verordnungen, sondern eine breitere Überwachung. Das würde auch für die Zukunft helfen, weil Änderungen kommen werden; das ist absehbar.

Ein anderer Aspekt, wenn wir über Klima und Klimaresilienz reden, sind die Treibhausgasemissionen, zum Beispiel aus dem Abwasser, woran wir zum Beispiel gerade arbeiten. Wir versuchen, die Methanemissionen aus dem Abwasser zu erfassen, was auch weltweit ein sehr neues Thema ist. Daran arbeiten wir mit den Berliner Wasserbetrieben, und das könnte in der Zukunft auch so ein Thema für die Diskussion sein. – Das war es von meiner Seite!

Vorsitzende June Tomiak: Ganz herzlichen Dank! – Möchte der Senat auch noch einleitend Stellung nehmen? – Das ist der Fall. Dann, Frau Senatorin Bonde, haben Sie das Wort.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Anzuhörende! Schön, dass Sie da sind! Danny Freymark hat es schon gesagt, allein aus den Dokortiteln ergibt sich schon Ihre Kompetenz, aber nach Ihren Vorträgen ist es eben nicht nur das Dr. vor Ihren Namen, sondern es ist auch wirklich

das, was Sie gerade fachlich ausgeführt haben, das Sie so kompetent nicht nur wirken lässt, sondern dass Sie so kompetent sind. Vielen Dank, dass Sie da sind!

Ich möchte gerne zu den beiden Anträgen ausführen. Zunächst möchte ich zu dem ersten Antrag „Berlin Water Model – Zukunft des Berliner Wasserkreislaufs“ ausführen. Modellsysteme zur Abbildung des Fließgeschehens sind essenziell. Dazu gehören Wasserstände, Fließgeschwindigkeiten und Durchflüsse. Ebenso wichtig ist die Abbildung der Wasserqualität. Dazu gehören zum Beispiel Wassertemperatur, Sauerstoffgehalt und Abwasseranteile. Diese Modelle sind Grundlage für die Bewertung des aktuellen Zustands der Gewässer erster Ordnung und die Abschätzung zukünftiger Entwicklungen des Berliner Wasserkreislaufs als Grundlage für ein klimaresilientes Wasserressourcenmanagement. Modellsysteme sind für unterschiedliche Fragestellungen notwendig, unter anderem zur Festsetzung von Überschwemmungsgebieten als Grundlage des Masterplans Wasser, Schaffung von Grundlagen für die Bewilligung von Wasserwerken, Bewertung von Havarien und Mischwasserüberläufen oder zur Berechnung der Gewässerthermiepotenziale.

Die SenMVKU nutzt seit 1994 das System BIBER. BIBER steht für Berechnungs- und Informationssystem Berliner Oberflächengewässer, und dieses wird kontinuierlich weiterentwickelt, ist jedoch aufgrund seiner Komplexität mit langen Rechenzeiten verbunden. Das Berlin Water Model wurde im Rahmen des EU-Projekts Impetus durch das Kompetenzzentrum Wasser Berlin als vereinfachtes Modell entwickelt. Es ist ein Metermodell, welches die mit BIBER berechneten Daten auf vereinfachte Weise nachbildet. Darüber hinaus kann es als Durchmischungsrechnung für die Beurteilung der stofflichen Belastung an allen Berliner Gewässerabschnitten genutzt werden, zum Beispiel für Schwermetalle oder organische Spurenstoffe. Das haben wir auch gerade schon gehört. Es ist allerdings auf vorher mit BIBER modellierte Fließzustände limitiert und daher auch nur in Kombination mit BIBER-Modellierung szenarienfähig.

Die Einfachheit und Schnelligkeit der Modellierung mit dem Berlin Water Model könnte bei bestimmten Fragestellungen vorteilhaft sein, insbesondere wenn viele Szenarien zu betrachten sind oder bei überschlägigen Berechnungen der Wasserqualität. Die Anwendung und Weiterentwicklung von BIBER ist eine zentrale Grundlage für wasserwirtschaftliche Grundsatzfragen der Berliner Verwaltung. Innerhalb der SenMVKU ist BIBER die etablierte Standardanwendung für Gewässer der ersten Ordnung. Wir prüfen, inwieweit das Berlin Water Model das bestehende Modellinginstrumentarium insbesondere für Szenarioanalysen ergänzen kann. Dies erfolgt aktuell im Rahmen des Projekts Digitale Instrumente für ein ganzheitliches operationelles Wasserressourcenmanagement.

Zu dem zweiten Antrag möchte ich gerne ausführen, dass der Schutz des Berliner Wassers und ein klimaresilientes Wassermanagement für Berlin höchste Priorität haben. Die Herausforderungen durch Klimawandel und steigenden Bedarf sind klar erkannt. Mit dem Masterplan Wasser liegt darauf eine strategische Antwort vor – vorausschauend, integriert und langfristig ausgerichtet. Der Masterplan sichert die Trinkwasserversorgung, stärkt den Gewässerschutz und treibt den Ausbau sowie die Modernisierung der Abwasserentsorgung gezielt voran. Berlin sorgt damit vor und macht seine Hausaufgaben, und zwar mit konkreten, wirksamen Maßnahmen.

Ein Baustein ist der Umbau zur Schwammstadt. Regenwasser wird gespeichert – wir haben es vorhin gesehen –, versickert und vor Ort genutzt, verankert in Maßnahme 15 des Masterplans und jetzt noch unterstützt durch das Klimaanpassungsgesetz Berlin. Gleichzeitig stärkt der Masterplan angesichts von Niedrigwasser und konkurrierenden Nutzungen die länderübergreifende Zusammenarbeit zur nachhaltigen Bewirtschaftung der oberen Havel. Das ist die Maßnahme 4, ein Beispiel aus dem Handlungsfeld des Wassermengenmanagements. Gemeinsam mit den Berliner Wasserbetrieben werden Infrastruktur und Systeme kontinuierlich weiterentwickelt und modernisiert. Auch das ist fest im Maßnahmenkatalog verankert.

Ein Schwerpunkt ist hier der Ausbau moderner Reinigungsstufen in den Klärwerken, insbesondere zur Spurenstoffentfernung nach dem Stand der Technik. Konkret zeigt sich das beim Klärwerk Schönerlinde. Hier werden Ozon- und Aktivkohlefiltration ergänzt, um Gewässer wie Panke, Tegeler See sowie Spree und Havel wirksam zu schützen, ein Beispiel für Maßnahme 13. Ebenso zentral ist die Reduzierung von Phosphoreinträgen. Bis 2027 werden Großklärwerke im Spree-Havel-Raum schrittweise mit moderner Phosphorelimination ausgestattet, verankert in Maßnahme 11.

Auch die Altlastensanierung wird konsequent vorangetrieben. Belastete Flächen werden systematisch erkundet, bewertet und saniert, um die Trinkwassergewinnung zu sichern und Boden sowie Gewässersysteme nachhaltig zu schützen, ein zentraler Bestandteil von Maßnahme 25.

Berlin ist zudem fester Partner und Mitwirkender im Gestaltungsprozess hin zu einem Gesamtkonzept Lausitz. Auch als Nichtbergbauland wirkt Berlin aktiv in den Gremien mit. Länderübergreifende Zusammenarbeit muss insbesondere in Zeiten von zunehmender Wasserknappheit intensiviert werden. Verankert ist dies in Maßnahme 5, Bewirtschaftung der Spree. Über dies sind die drei Länder Brandenburg, Sachsen und Berlin im Gespräch. Eine Terminfindung konnte jetzt wegen der neuen Konstellation in Brandenburg noch nicht erfolgen. Wir sind aber sehr kurzfristig in der Terminfindung begriffen. Das ist der erste Punkt. Der zweite Punkt ist, dass auf der nächsten Umweltministerkonferenz, die Anfang Mai stattfinden wird, das Thema auf die Tagesordnung gesetzt wird, und insofern werden wir auch dort über das Thema sprechen. Im Rahmen einer Elbe-Konferenz der zuständigen Anliegerländer der Elbe findet auch ein regelmäßiger Austausch statt, und dort ist auch der Bund entsprechend eingeladen.

Diese Beispiele zeigen bewusst nur einen Ausschnitt. Der Masterplan Wasser umfasst eine Vielzahl ineinandergreifender Maßnahmen, die den Schutz des Berliner Wassers ganzheitlich absichern. Berlin handelt entschlossen, entwickelt sich kontinuierlich weiter und stellt damit die Weichen für eine klimaresiliente Wasserzukunft. Dabei ist der Masterplan kein statisches Konzept. Maßnahmen werden von meinem Haus und in enger Zusammenarbeit mit den Berliner Wasserbetrieben fortlaufend überprüft, weiterentwickelt und angepasst. Ergänzend stärkt das Berliner Klimaanpassungsgesetz gezielt Maßnahmen – ich habe es vorhin schon erwähnt –, die der Schwammstadt dienen. Der natürliche Wasserkreislauf wird damit stabilisiert, die Ressource Wasser entlastet und der Masterplan Wasser wirkungsvoll ergänzt. Hinzu kommt die Blau-grüne Allianz, die wir gebildet haben.

Herr Lux! Soll ich zu Ihrem ganzen Fragenkatalog die Antworten jetzt vorlesen? Das wird ein bisschen umfassender, oder wollen wir es vielleicht auf anderem Wege machen?

Vorsitzende June Tomiak: Ich würde vorschlagen, dass wir in die Aussprache starten. – Wollen Sie auf die Redeliste oder direkt etwas dazu sagen? – Herr Lux!

Benedikt Lux (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Senatorin! Ich nehme das gerne alles schriftlich. Eine Frage: Oberflächenwasserentnahmeentgelt ja oder nein? Wassersparen in Krisenzeiten? Wann gibt es eine länderübergreifende Lösung für die Zukunft der Spree? Dazu haben Sie jetzt schon mündlich vorgetragen. Wenn die Antwort schriftlich die gleiche ist wie die, die sie gerade mündlich vorgetragen haben, dann heißt das, es gibt Gespräche, aber eine Lösung, was sie machen, weil 75 Prozent weniger Wasser in der Spree sein wird, weil die Sumpfungswasser aus der Lausitz nicht mehr kommen, haben Sie nicht. Den Rest gerne schriftlich!

Vorsitzende June Tomiak: Dann sammeln wir jetzt. – Herr Freymark, Sie haben das Wort!

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank! – Vielleicht kann ich gleich daran anknüpfen. Wie gesagt, ein sehr interessanter Einblick! Es waren auch zwei, drei Facetten dabei, wo ich gleich noch detaillierter nachfragen muss, damit ich es noch besser verstehe. Aber einfach nur mal für die Faktenlage: Berlin bezieht 99 Prozent des Trinkwassers aus Berlin. Wir haben klare Zuständigkeiten. Wir haben mit dem BWB einen Partner, die sich außergewöhnlich gut auskennen, die 400 Millionen Euro pro Jahr in das Wassernetz investieren, die im Übrigen auch in anderen Bundesländern, insbesondere Brandenburg, als Partner, als Mitteilhaber et cetera gefragt sind.

Wir haben ein klares Problembewusstsein. Herr Lux hat gerade noch mal das Thema mit der Lausitz angesprochen. Das weiß mittlerweile jeder, der zumindest fachlich mit dem Thema vertraut ist. – [Zuruf von Benedikt Lux (GRÜNE)] – Genau das werden wir auch gleich besprechen, und dafür sind ja solche Ausschusssitzungen und der Wunsch nach Lösungen auch da. Ich habe gerade bei Frau Dr. Grütmacher gut zugehört. Sie hat gesagt, dass da, wo Wasserzufluss fehlt, das mit geklärtem Wasser ausgeglichen wird. So habe ich das teilweise verstanden. Natürlich ist der Umfang dessen, was uns an Grundwasserförderung verloren geht, zu groß. Deswegen gibt es verschiedenste Wege, Fantastereien, dass man Wasser aus der Ostsee holt oder aus der Elbe bis hin zu anderen Möglichkeiten, das Konzept der Schwammstadt, die uns zur Lösung führen werden. Natürlich bin ich da gespannt, wo wir da vielleicht gerade stehen.

Herr Dr. Tzoupanos hat zwei Dinge angesprochen hat, die ich sehr interessant fand. Erstens die Emissionen aus Abwasser: Da wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie noch ein paar Sätze gleich in der Beantwortung dazu sagen. Welchen Umfang hat es? Ich hatte etwas von Methan gehört, also dass Sie uns da noch ein bisschen was sagen. Das war für mich komplett neu, deswegen für mich sehr interessant. Mich interessiert, wohin Ihre Erkenntnisse eigentlich fließen. Bisher hatten wir zum Beispiel keinen Kontakt. Ich könnte mir aber gut vorstellen, dass wenn Erkenntnisse da sind, die Sie sich auch in der politischen Debatte wünschen, vielleicht auch die Fraktionen oder einzelne Abgeordnete an solchen Ergebnissen oder an Meinungen sehr interessiert sind.

Frau Dr. Rouault! – Das Wasserkompetenzzentrum ist sowieso ein außergewöhnlich guter Partner in der Stadt. Sie sind sehr offen, Sie arbeiten überall mit. Herr Dr. Matzinger ist sehr engagiert. Ich bin wirklich sehr dankbar, dass Sie Berlin zum Glück als Ihre Heimat betrach-

ten und sich hier so engagieren. Sie haben mitbekommen, dass es um die Sorge geht, ob die Wasserversorgung vielleicht unsicher ist. Da würde mich mal Ihre Einstellung – oder vielleicht auch von allen – interessieren: Könnte man jetzt sagen, dass das Berliner Wasser sicher ist, oder hätten Sie daran größere Zweifel? Bisher sehe ich die ja zum Glück nicht, und ich sehe auch all Ihr Engagement, um sicherzustellen, dass das Berliner Wasser verfügbar ist, dass es in Trinkwasserqualität ist und dass wir uns ordentlich kümmern.

Dann haben Sie gesagt, 60 Prozent des Wassers werden – ein bisschen polemisch – wie Abfall betrachtet. Das würde mich noch mal ein bisschen interessieren. Ich hätte jetzt gedacht, wenn Wasser in Wasser hineingeht, in unsere Kleingewässer zum Beispiel – kommt als nächster Tagesordnungspunkt noch – bin ich froh, wenn da mehr Wasser drin ist, aber ich bin mir sicher, dass Sie das fachlich noch ein bisschen ausführen können.

Frau Dr. Grützmacher! Ich habe gerade gesagt, das Berliner Wasser muss sicher sein. Ich erinnere mich an gemeinsame Podiumsdiskussionen, wo Sie so etwas Ähnliches auch gesagt haben, aber es darf leichte Restzweifel geben. Wie räumen die BWB diese Restzweifel aus und wo? Wie bewerten Sie eigentlich den Vorschlag von Dr. Pallasch? Den finde ich sehr spannend, nämlich zu sagen, man muss Wasser als Ressource verstehen – das hatten wir ja schon als Antrag 2024 eingebracht –, also weg von der Trink- und Abwasserversorgung hin zur Kreislaufwasserwirtschaft, was ich extrem wichtig finde, dass das auch das selbstverständlich wird. Ist das aber auch beim Senat mittlerweile so verankert? Wenn dann die Kritik ist, dass wir untergesetzliche Regelungen haben, die schwierig sind, dann wäre für mich die Frage, woran wir arbeiten, das zu ändern. Das ist dann vielleicht so fachlich, so verwaltungsorientiert, dass die Abgeordneten oft gar nicht so in der Betrachtung involviert sind, aber wir wären es gerne, wenn es sein muss. Es ist jetzt nicht so, dass wir immer große Lust haben auf riesige bürokratische Monster, aber sie zu entflechten ist ein Stück weit unsere Aufgabe. Damit diese Forderung nicht abstrakt bleibt, mögen wir es konkret. Wenn Sie es konkret machen können, sagen Sie uns gerne, wie wir unseren Beitrag dazu leisten können.

Ihre Forderung war ja Schwammstadt als Aufgabe im Rahmenvertrag aufnehmen. Ich finde das auch gut. Wir hatten eine Parlamentsinitiative zur Schwammstadt. Deswegen die Frage: Ist das eine realistische Idee, kommen wir da zueinander, und wird es am Ende eine gemeinsame Lösung sein? – So viel von mir! Es war eigentlich schon viel zu viel, aber ich danke Ihnen sehr!

Vorsitzende June Tomiak: Frau Vierecke!

Linda Vierecke (SPD): Vielen Dank! – Das ist ein komplexes und ein großes Thema. Frau Rouault hat es auch sehr schön auseinandergenommen, dass wir eigentlich über zwei Sachen reden. Zum einen ist es die lokale Klimaresilienz im Quartier und zum anderen diese regionale Klimaresilienz. Das sind einfach zwei unterschiedliche Sachen, die wir beide irgendwie angehen müssen. Ich glaube, die Frage ist, vielleicht auch an alle: Wenn wir jetzt Schwammstadt, wenn wir die ganzen Wasserkreisläufe intern machen, wenn wir wirklich dieses Regenwasser, diese 62 Prozent, nicht abfließen lassen, reicht uns das in Berlin oder brauchen wir die externe Lösung? Das ist, glaube ich, die Frage, die heute in der Sitzung so über allem ein bisschen steht. Kann Berlin selbstständig dafür sorgen, dass wir hier eine ausreichende, eine gute Wasserversorgung haben, in Zeiten einer wachsenden Stadt? Das kommt auch noch dazu. Früher musste man Wasser irgendwo laufen lassen, damit genug Verbrauch war, aber das ist nicht mehr der Fall. Das ist, glaube ich, die Antwort, die dann auch nicht so einfach ist und wir deswegen vielleicht auch ein bisschen unsere Hausaufgaben hier machen müssen. Da würden mich konkret ein paar Sachen interessieren und dann eben auch die großen Fragen gemeinsam mit anderen lösen. Da gehen gleich ein paar Fragen an den Senat.

Ich gehe jetzt einfach durch die Anzuhörenden: Frau Dr. Grützmacher, die Aufgabe für die BWB ist natürlich die vierte Reinigungsstufe. Das haben Sie auch sehr klar gemacht. Das ist

unsere Möglichkeit, um das Wasser noch besser zu klären und wieder in den Fluss zu bringen. Was ist der Zeitplan, wo gibt es sie schon, wo nicht? Mich würde interessieren, dass Sie darauf ein bisschen genauer eingehen. Schönerlinde ist schon gefallen, habe ich mir auch mal angeguckt, sehr spannend. Das sind aber auch große Investitionen, und da ist die Frage nach den Investitionen. – Nutzen Sie das Berlin Water Model? Das würde mich auch noch interessieren.

Dann, Herr Pallasch, Sie haben den Fünf-Punkte-Plan vorgestellt. Die Niederschlagsgebühr ist ein Punkt, der Ihnen sehr wichtig ist. Vielleicht können Sie auf die fünf Punkte noch einmal eingehen. Sie haben uns ja ein ganzes Papier geschickt. Sie wollen vor allem, wenn ich mir den Punkt Niederschlagsgebühr anschau, das sie in die blau-grüne Infrastruktur investiert wird. Da geht die Frage an den Senat, was der Senat dazu denkt. Inwiefern sind Sie da schon im Austausch?

Frau Dr. Rouault! Was sagen denn Ihre Daten bezüglich des Szenarios des Kohleausstiegs, was das für Berlin bedeutet? Wohin gehen die Berechnungen? Worauf müssten wir uns einstellen?

An den Senat die Frage, auf welches Szenario sich der Senat vorbereitet. Was ist momentan die Annahme? Welchen regelmäßigen Austausch verfolgen Sie? Auch die große Frage von MARIS nach der Niederschlagswassergebühr, um mehr Geld für die Schwammstadt zu bekommen, also eine Umwidmung von einem Teil der Gebühreneinnahmen für blau-grüne Infrastruktur. Was halten Sie davon? Sie haben schon auf die Umweltministerkonferenz Anfang Mai verwiesen. Was genau ist dort das Thema? Wird es um die Wasserversorgung Berlins gehen und um das gegenseitige Miteinander, um Überläufe von Elbe zur Spree? Da hätte ich gerne noch ein paar mehr Informationen. Wie relevant ist dieses Treffen für Berlin und wie weit ist dort der Austausch mit anderen Ländern? Die Kernfrage auch an Sie: Reichen Reinigungsstufen in Berlin, um die Herausforderungen anzugehen oder braucht es mehr? – Danke schön!

Vorsitzende June Tomiak: Herr Lux!

Benedikt Lux (GRÜNE): Ich habe die gleichen Fragen wie Frau Vierecke, die Frage an den Senat, was wir machen, wenn es nicht reicht. Es braucht eine klare Verabredung. Das, Frau Grützmacher gesagt hat, ist alles schön und gut. Dass man die Qualität steigern will, wenn weniger Wasser kommt, okay, aber gibt es Möglichkeiten, oder haben Sie die alle verworfen, um die Quantität zu steigern, etwa indem man Gespräche mit Brandenburg über die Frage führt, wie viel Wasser die für die Befüllung der Braunkohletagelöcher brauchen? Was kann Berlin tun, damit es in einem gesunden Ausgleich bleibt? Was gibt es da für Gesprächsfäden? Was ist die Frage mit der Elbe? Da muss man doch irgendwie eine Vorstellung davon bekommen. Oder man sagt aber – und das will ich hier auch mal deutlich sagen, das hat Frau Grützmacher nur angedeutet –, wenn Berlin, wie Kollege Freymark gesagt hat, sich weiterhin selbst versorgen will, dann muss man aber – ich bin nur Laie, aber ich denke mal – an die Stauhaltung ran und sagen, dann machen wir die Stauhaltung so, dass in Berlin noch mehr Wasser verbleibt, damit wir eine Mindestqualität und eine Mindestmenge gewährleisten können. Ich bin auch kein Geograph, aber guckt mal auf die Landkarte und sieht: Okay, die Spree fließt ja noch irgendwie weiter, und dann gibt es vielleicht Leute, die dort Probleme haben. Wird auf diese Art und Weise verhandelt oder wird hier die ganze Zeit gesagt: Na ja, man

spricht noch mal miteinander, und wir gucken mal und machen hier eine Reinigungsstufe mehr, und ja, die Wasserbetriebe sind ganz tolle Partner und MARIS. –

Vielleicht noch eine Frage an Sie, Herr Dr. Pallasch: Erinnere ich mich richtig, dass es Ihr Projekt war, oder eines, das Sie jedenfalls in einem offenen Brief mitunterzeichnet haben, das durch diese Senatsverwaltung eigentlich weggekürzt werden sollte, weil im Rahmen der BENE-2-Mittel für Umwelt und so weiter Berlin 40 Prozent EU-Mittel liegen lässt? Ich weiß jetzt gar nicht, Frage an den Senat, ob die BENE-2-Mittel noch gehoben worden sind, wofür wir ewig kämpfen musste. Wie finanzieren Sie sich momentan, damit Sie hier gut Rede und Antwort stehen können? Also in meinem E-Mail-Eingang gab es jedenfalls einen offenen Brief, bei dem Sie als Kürzungsprojekt drin standen, weil die EU-Mittel gekürzt worden sind.

Wieder zurück zu der Frage, wie die Wasserbetriebe das, was Sie vorgeschlagen haben, finanzieren sollen, Frau Grützmacher. Wir kennen so Sanierungszettel von Ihnen, die auch dynamisch sind wie der Masterplan Wasser, auch nach Verfügbarkeit, die aber eher so in die Richtung Milliarden Euro gehen. Wir kennen auch Ihre Gewinner, die eher so in die Richtung Hunderte Millionen Euro gehen, die sich das Land Berlin dann aber immer ganz gerne mitnimmt, statt es für das Wasser und den Wasserhaushalt auszugeben. Welche Folgen hat das dann eigentlich – da bin ich zu wenig Hydrologe, vielleicht kann Frau Rouault es beantworten –, wenn, so wie es sich gerade abzeichnet, man sagt: Okay, selbst wenn die Spree 50 Prozent, 60 Prozent weniger Wasser trägt, dann ist es eher nicht das Problem, weil wir in Berlin nachfüllen und dann vielleicht ein Qualitätsproblem haben, aber daran versuchen wir zu arbeiten. – Ich bin noch nicht ganz davon überzeugt, dass das klappt. Aber was heißt das denn dann für die Menge, wenn ich sehe, dass andere Flüsse kontinuierlich große Mengen Wasser vorantreiben, um überhaupt ihren Haushalt klar zu haben? Was bedeutet das dann für die Spree, wenn man dann sagt: Okay, das ist uns nicht so wichtig? – Was bedeutet das für die Menschen in der Stadt? Wie oft wird die Spree dann rückwärts fließen? Ich habe überhaupt keine Vorstellung davon, was das bedeutet. Was der Senat momentan sagt: Wir machen so weiter wie bisher. Für uns ist das alles nicht alarmierend. Das wird schon irgendwie gehen. – Nach den Szenarien des Umweltbundesamtes wird regelmäßig 50, 60, 70 Prozent weniger Spreewasser fließen, und wir sagen, wir machen bisschen Wasserqualität hier in der Stadt. Könnten Sie da vielleicht einmal sagen, was das auch für die Menge bedeuten?

Dann noch meine Bitte, Frau Senatorin, vielleicht können – Sie scheinen eine schriftliche Antwort auf unsere Fragen in Richtung Wasserrahmenrichtlinie, Haushaltsrisiken, erweiterte Produkt- und Herstellerverantwortung bei der kommunalen Abwasserrichtlinie für die Trinkwasserqualität, Sulfate, weitere Qualitätsfragen, die eine Rolle spielen, zu haben. Wenn Sie die mir jetzt irgendwie schriftlich überreichen könnten, würde ich mich sehr freuen. Dann kann man sich dazu auch noch mal einlassen. Im Übrigen muss man dann mal schauen, wie man politisch hier zu einer etwas verbindlicheren oder festeren Vereinbarung kommt, damit es hier vorwärts geht.

Vielleicht noch die Frage Oberflächenwasserentnahmeentgelt: Wenn ich das richtig sehe, hat selbst das Bundesland Bayern im November als eines der letzten Bundesländer ein Oberflächenwasserentnahmeentgelt, sprich eine Gebühr – die nennen das Wassercent – für das Entnehmen von Wasser aus Flüssen und so weiter eingeführt. Ich verweise jetzt auch gerne auf Bayern, weil die zum Beispiel bei der Verpackungssteuer gesagt haben, das gibt es hier gar nicht und keine Kommune darf das einführen, obwohl manche Kommunen, München und so,

daran interessiert waren. Die sagen jetzt beim Wassercent, das machen wir, auch, um ihre Gewässer zu schützen. Jetzt ist Berlin eines der letzten Bundesländer, das sagt: Wasser aus unseren Oberflächengewässern entnehmen ist kein Problem, macht Leute, das kostet nichts extra. – Wäre der Senat wenigstens bereit, an dieser Stelle der Forderung von Umweltverbänden, meiner Fraktion und so weiter mal nachzukommen und zu sagen: Liebe Leute, das kostet jetzt bei den Szenarien, dass man hier Oberflächengewässer abschöpft –? Ich sehe auch schon, das mit der Senatorin auf der Bank Gespräche geführt werden. Ich werde ich wahrscheinlich gleich als Argument hören, dass das Grundwasserentnahmeentgelt in Berlin im Vergleich zu anderen Bundesländern relativ hoch ist, aber es geht trotzdem darum, Szenarien vorzubeugen, die ganz heftig sein können. Da würde ich gerne auch was Wassersparen, was Verbrauch, verbrauchsorientierte Bepreisung angeht, gerne ein bisschen mehr von Ihnen hören.

Vorsitzende June Tomiak: Dann stehe ich selbst auf der Redeliste und wechsele jetzt einmal meinen Hut von der Ausschussvorsitzenden zur Abgeordneten.

June Tomiak (GRÜNE): Ich habe eine ganz kurze konkrete Frage auch zu den Kleingewässern. Wir haben heute das Thema Wasser ein bisschen breiter und werden später darüber auch noch mehr im Detail sprechen, aber wenn wir jetzt hier das Privileg haben, dass Sie alle hier als Experten sind, würde ich gerne zu den Hitzeclustern wissen wollen, die auch schon angesprochen sind, fehlendes Grün-Blau in den Kiezen, wie Sie denn ganz konkret den Verlust von unseren Kleingewässern bewerten. Wir haben an vielen verschiedenen Stellen das Versiegen, das Versanden von Kleingewässern. Wir sprechen viel über Renaturierung, oder das zu erhalten, was wir haben, aber eigentlich brauchen wir wahrscheinlich alle, die irgendwie jetzt gerade auch versiegen. Deshalb würde mich auch aus Ihrer Sicht der Zusammenhang mit dem Trinkwasser interessieren. Wenn Sie etwas dazu sagen können, wäre ich dankbar.

Vorsitzende June Tomiak: Als Nächster hat Berr Bertram das Wort.

Alexander Bertram (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank auch an die Anzuhörenden für die sehr interessanten Einblicke, die Sie uns heute gewährt haben! Bei mir haben sich auch eine ganze Reihe an Fragen ergeben. Zuerst hätte ich eine Frage an Frau Dr. Grüzmacher, und zwar zum Thema zusätzliche Grundwasseranreicherung, das Sie erwähnt haben. Das fand ich ein sehr spannendes Thema. Ich habe ein Modellprojekt ein bisschen verfolgt, was Sie in Johannisthal haben. Das war, glaube ich, der Sickerschlitzgraben, so nennt sich diese ganze Technik. Da würde mich doch ganz konkret interessieren, wie dieses Modellprojekt läuft, welche weiteren Projekte es in dem Bereich gibt, was da geplant ist und was da vielleicht sogar in der Umsetzung ist, was Sie heute noch nicht berichtet haben. Dieses Thema zusätzliche Anreicherung könnte ich mir zentral vorstellen, gerade nach dem, was wir heute gehört haben. Da würde mich schon interessieren, was da eigentlich noch alles in der Pipeline ist.

Herr Dr. Pallasch! Sie haben als einen ganz großen Punkt und auch mehrfach Regelwerke überprüfen erwähnt, also untergesetzliche Regelungen. Könnten Sie das vielleicht noch ein bisschen konkretisieren und weiter ausführen? Was sind das für Regelungen, welche sind besonders problematisch? Oder vielleicht anders gesagt: Was hemmt denn am meisten? Gibt es irgendetwas, das ganz besonders hervorsteht, wo man sagt, da muss etwas passieren? Das würde mich dann noch interessieren.

Dann ganz allgemein zum Abkopplungspotenzial: Ich habe noch die Studie der Regenwasseragentur von 2024 vor Augen, die auch schon mal einen Bericht zum Thema Abkopplungspotenzial vorgelegt hat, darin auch verschiedene Handlungsvorschläge gemacht, auch verschiedenen Karten angepasst und das ein bisschen methodisch verbessert haben. Da würde mich interessieren, wie dieses Konzept von der Regenwasseragentur in dieses Konzept, was uns heute vorgestellt wurde, mit eingeflossen ist. Eine ganz allgemeine große Frage auch zum Thema Abkopplung und Abkopplungspotenzial: Was ist denn in den letzten Jahren eigentlich passiert, und wie ist denn eigentlich der Plan dazu? Alle paar Jahre wird im Grunde eine Karte vorgelegt, die dann mal grüner, mal roter ist, so in dem Bereich. Da würde mich schon interessieren, was eigentlich im Bereich Abkopplung passiert, und wie beherrscht das Thema im Grunde angegangen wird.

Dann möchte ich zu der Thematik Wasserversorgung der Spree nachfragen. Ich habe noch mal nachgeschaut. Ich hatte bei der 64. Sitzung im Februar in der Aktuellen Viertelstunde nachgefragt, wie sich der Senat bei der Umweltministerkonferenz bei dem Thema positionieren wird. Da sind sie verständlicherweise noch ganz unkonkret geblieben, bis auf einen Punkt, und zwar haben Sie gesagt, dass Sie eine Überleitung aus der Elbe nicht bevorzugen. Das ist der Punkt, den Sie ganz klar gesagt haben. Wenn im nächsten Monat die Konferenz ansteht, dann müssten Sie aber doch bereits eine Vorstellung davon haben, was der Senat eigentlich will, also ähnlich wie der Kollege Luxus es gesagt hat. Wie geht man denn in die Verhandlungen rein, mit welchen konkreten Punkten? Wenn man jetzt sagt, man möchte eine Überleitung aus der Elbe eigentlich nicht – das ist ja das, was zumindest bei mir stehengeblieben und was auch so im Protokoll der Sitzung vermerkt ist –, wenn man das schon für sich zumindest festlegt oder damit als Haltung in diese Verhandlungen reingeht, dann muss man irgendeinen anderen Vorschlag und eine andere Vorstellung davon haben. Man kann nicht reingehen und sagen: Okay, es gibt jetzt eine erste Sitzung, und wir reden mal ein bisschen. – Das ist mir ehrlicherweise auch zu dünn, sondern muss irgendwo Vorstellungen haben, über die man mit den anderen Bundesländern verhandelt. Die Kollegen der Regierungen der anderen Länder sind schon an die Presse gegangen und sind da zum Teil schon sehr deutlich vorgeprescht und haben einige Sachen rigoros abgelehnt. Klar, die mussten sich jetzt auch neu finden, aber das, was man da gelesen hat, da wird schon ein bisschen härter bei der Sache gesprochen. Daher ist mir das ehrlicherweise zu wenig, wenn man nur hört: Na wir treffen uns mal und machen einen Arbeitskreis. Da würde mich schon interessieren, welche Haltung Berlin hat und welche Maßnahmen das Land Berlin bei der Wasserversorgung der Spree fordert. – Danke schön!

Vorsitzende June Tomiak: Frau Leschewitz!

Franziska Leschewitz (LINKE): Vielen Dank! – Auch vielen Dank an die Anzuhörenden, denn das waren vor allem konkrete und sehr spannende Einblicke, die noch mal mehr verdeutlichen, wie wichtig es ist, sich mit dem Thema Wasser zu beschäftigen! Ich habe allerdings konkret eine Frage, wie das praktisch zu verstehen ist. Was unterscheidet das Berlin Water Model vom Masterplan Wasser? Das würde mich interessieren. Welche Rolle nimmt dabei das Kompetenzzentrum Wasser Berlin ein? Was mich auch noch interessiert, ist Ihre Einschätzung dazu – es gibt eine europäische Wasserrahmenrichtlinie und zu deren Einhaltung wir ab 2028 verpflichtet sind –, ob das von Berlin noch erreicht werden kann.

Dann mit Blick Richtung Senat: Wenn es nicht gelingt und Strafen in dreistelliger Millionenhöhe drohen, wie hat das der Senat einkalkuliert? Hat das Land Berlin dafür dann finanziell

vorgesorgt? Mich interessiert auch noch, wie der Senat mit der aktuellen Handlungsempfehlung der EU-Kommission zur Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie in Deutschland umgeht. – Vielen Dank!

Vorsitzende June Tomiak: Herr Dr. Efler!

Dr. Michael Efler (LINKE): Vielen Dank! Ich mache es auch ganz kurz. – Vielen Dank an die Anzuhörenden! Ein Kommentar und eine Frage: Kommentar: Ich glaube, wir müssen das Thema Wassersparen in den nächsten Jahren ganz anders auf die Tagesordnung setzen. Wenn ich sehe, dass wir in diesem Jahr gerade mal 80 Liter Niederschlag pro Quadratmeter hatten, 60 Prozent des statistischen Solls – das wird wahrscheinlich in den nächsten Jahren nicht besser werden –, dann haben wir da ein massives Problem, was auf uns zurollt, wo wir noch ganz andere Fragen werden diskutieren müssen. Wenn jemand dazu Stellung nehmen will, auch gerne, aber es ist einfach nur ein Kommentar.

Die Frage habe ich an den Senat zum Thema Entsiegelung: Sind wir eigentlich – ich ahne schon die Antwort, aber trotzdem will ich die Frage stellen – auf dem Weg in Richtung Netto-Null-Versiegelung? Soweit ich weiß, war das auch mal ein Ziel des Senates, dass wir hier tatsächlich mal in diese Richtung gehen. Es ist auch eine Frage, die nicht nur, aber auch für das Thema Wasserschutz relevant ist. Wo stehen wir da, und haben wir da auch eine verlässliche Datengrundlage?

Vorsitzende June Tomiak: Dann sind wir jetzt erst einmal am Ende der Liste. Das heißt, ich würde jetzt den Anzuhörenden noch mal das Wort geben. Ich würde vorschlagen, wir verfahren in derselben Reihenfolge. – Frau Dr. Grütmacher, Sie haben als Erste das Wort.

Dr. Gesche Grütmacher (BWB): Vielen Dank! – Ich gehe zunächst mal auf die Frage von Herrn Freymark ein. Das Wasser ist sicher, die Trinkwasserversorgung ist sicher, aber wie räumen wir die Restzweifel aus? So habe ich Sie verstanden. Natürlich ist es so, dass wir letztendlich, was die Klima- und Bevölkerungsprognosen angehen, wir natürlich immer irgendwo in einem vagen Bereich sind. Das heißt also, letzte Restzweifel werden sich nicht ausräumen lassen. Ich will auch nicht den Eindruck erwecken, dass wir uns hier nicht anstrengen müssen, und das ist, glaube ich, ganz wichtig. Wir müssen uns natürlich anstrengen, um die Maßnahmen, die wir uns vorgenommen haben, auch umzusetzen. Anstrengen bedeutet eben, wirklich Geld in die Hand nehmen. Das ist das.

Da komme ich zum Thema Finanzierung; das war, glaube ich, die Frage von Herrn Lux, was wir machen. Wer bezahlt denn das alles? Na klar, da müssen wir Geld in die Hand nehmen. Das sind also wir als Wasserbetriebe, im Zweifelsfall der Gebührenzahler, aber nicht nur wir – und jetzt denke ich so ein bisschen in Richtung Abwasserzielplanung und Umlandkommunen –, nicht nur wir, sondern auch die Gebührenzahler in Brandenburg, und letztendlich, weil da wirklich massive Kosten für den Ausbau der Klärwerkskapazitäten auf uns zukommen, müssen wir auch zusehen, ob es da vielleicht auch eine mögliche Förderung gibt. Ich glaube, was aber auch wichtig ist, ist, dass für Maßnahmen, die aufseiten des Landes vorgesehen sind, wir dazu kommen, dass die die Finanzierung gesichert ist. Ich erinnere mich, vor ein, zwei Jahren wurde das Waldumbauprogramm erst mal ausgesetzt. Das ist enorm wichtig, um die Grundwasserneubildung zu fördern. Das heißt also, wir müssen aufpassen, dass die Maßnahmen, die wir uns vorgenommen haben, die wirklich einen positiven Beitrag

zur zukünftigen Wasserversorgung Berlins und zur wasserwirtschaftlichen Stabilität im Großraum beitragen, dann nicht einfach mal hinten runterfallen, weil wir kein Geld im Haushalt haben. Das zum Thema wie wir die Restzweifel ausräumen können. Es braucht das Vertrauen, dass wir als Wasserversorger, aber auch die Senatsverwaltung das entsprechende Geld in die Hand nehmen wird, um diese Maßnahmen auch umzusetzen.

Zweitens, Frau Vierecke, die vierte Reinigungsstufe, wie da der Zeitplan ist: Wir sind derzeit gerade dabei, an allen Klärwerksstandorten eine vierte Reinigungsstufe zu bauen. Das ist der Plan. Das wird natürlich nicht alles auf einmal passieren. Wir sehen jetzt auch an dem ersten Klärwerk in Schönenerlinde, wo wir derzeit in der Umsetzung der finalen Phase sind, dass das natürlich auch nicht von heute auf morgen geht, sondern dass entsprechende Planung, Pilotierung et cetera notwendig sind. Den Rohbau der Ozonung in Schönenerlinde, die Sie besucht haben, haben wir Ende letzten Jahres abgeschlossen. Da war ich gerade mit Herrn Kraus drin und habe mir das angeschaut. Die ersten Inbetriebnahmen werden dann ungefähr in diesem Zeitraum im nächsten Jahr passieren. Wenn wir uns überlegen, dass wir im Jahr 2014 mit den ersten Überlegungen zur vierten Reinigungsstufe angefangen haben, und wir dann in 2027 sind, sind das deutlich über zehn Jahre, die wir da gebraucht haben. Für die anderen Reinigungsstufen wird es hoffentlich schneller gehen, weil wir dann wissen, wie wir es machen. Auch die behördlichen Genehmigungen werden schneller kommen. Von daher gehen wir mal davon aus, dass wir damit durchaus bis Ende der Dreißigerjahre, Anfang der Vierzigerjahre auch beschäftigt sein werden. Das dauert, das muss uns klar sein. Der Klimawandel kommt aber auch nicht über Nacht. Natürlich haben wir auch ein bisschen Zeit, um zu reagieren. Dementsprechend glaube ich, dass wir da gut unterwegs sind. Und wir erhoffen uns natürlich auch, dass wir mit den anderen Reinigungsstufen an den anderen Standorten viel schneller sind.

Zum ganzen Thema, ob die Lösungen reichen, die wir hier lokal haben. Ich glaube, dass wir auch mit Brandenburg und mit Sachsen sprechen müssen, denn letztendlich ist der Abfluss in der Spree und in der Havel stark abhängig davon, was im Einzugsgebiet passiert. Das ist natürlich der Braunkohletagebau, aber das sind auch die ganzen landwirtschaftlichen Flächen, die ganzen Wälder in den Einzugsgebieten von Havel und Spree, die wir meines Erachtens auch noch besser nutzen können, um Wasser in den Phasen, wo viel Niederschlag fällt, zu speichern, was dann langsam über den Untergrund abgegeben wird und so auch zu einem besseren Abfluss in der in der Spree führen wird. Ich glaube, und das ist auch mein Appell: Wir brauchen diese gemeinsame Wasserstrategie Berlin-Brandenburg. Die brauchen wir ebenfalls. Da geht es vor allem um das Thema Abwasserzielplanung, aber ich würde mich auch freuen, wenn wir da vorankommen. Denn letztendlich ist das auch vor allem auf politischer Ebene ein Thema, wo wir in Berlin uns nicht zurücklehnen und sagen können: Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht.

Natürlich müssen auch Brandenburg und die anderen Bundesländer dazu beitragen, dass wir in der Spree einen guten Abfluss haben. Ich möchte auch nicht den Anschein erwecken, dass es uns nicht hilft, wenn wir mehr Abfluss in der Spree haben. Es ist natürlich so, dass die Abflüsse sehr dynamisch sind. Wir haben wirklich eine Größenordnung von mal 2 bis 3 Kubikmeter pro Sekunde, und mal haben wir 20 Kubikmeter pro Sekunde. Da ist eine Größenordnung, eine Zehnerpotenz, dazwischen. Natürlich haben wir in der Vergangenheit auch schon Zustände gehabt, wo wir sehr wenig Abfluss hatten. Wir hatten diese Szenarien, die wir für die Zukunft prognostizieren, schon mal, auch sehr eher stagnierende Verhältnisse in den

Oberflächengewässern. Das sind Dinge, die haben wir schon mal gesehen, nur dass wir sie zukünftig eben häufiger sehen werden. Das ist, glaube ich etwas, womit man vielleicht auch mit einer gewissen Sicherheit rangehen kann. Der Wasserbedarf, muss man auch mal sagen, war in den Achtzigerjahren 40 bis 50 Prozent höher als heute. Wir hatten nach 1990 einen starken Rückgang des Wasserbedarfs in Berlin. Der steigt jetzt langsam wieder an, aber wir sehen, dass wir auch schon mal wesentlich mehr gefördert und verteilt und zur Verfügung gestellt haben.

Zum Thema Kleingewässer im Zusammenhang mit Trinkwasser; das war Ihre Frage, Frau Tomiak: Viele der Kleingewässer liegen nicht unbedingt in den Einzugsgebieten unserer Wasserwerke. Die sind mehr in den dicht besiedelten Bereichen hier in der Innenstadt. Trotzdem stellen sie einen guten Beitrag insgesamt zur Erhöhung des Grundwasserspiegels da und können auch zur Stabilisierung dieser stark schwankenden Niederschläge beitragen. Von daher glaube ich, ist ein direkter Zusammenhang nicht gegeben, aber ein indirekter. Indirekt ist es schon positiv.

Dann zum Thema Sickerschlitz, Herr Bertram: In Johannisthal machen wir gerade den Versuch. Das läuft. Wir merken auch die Herausforderung. Man braucht eine sehr hohe Wasserqualität, wenn man das über diese sozusagen Druckbetankung in den Untergrund bringen möchte. Weitere Möglichkeiten eruieren wir gerade gemeinsam mit der Senatsverwaltung im Rahmen des Arbeitspakets Grundwasseranreicherung des Masterplans. Da schauen sich die Kollegen sehr systematisch an, an welchen Stellen es Sinn ergibt, wir die geologischen Verhältnisse haben, an welchen Stellen es uns zugutekommt und wo wir auch eine Quelle von Wasser haben, das wir versickern können. Da ist man auf dem Weg, aber wir haben jetzt noch keine konkreten neuen Projekte.

Zuletzt möchte ich zum Thema Wassersparen etwas sagen. Natürlich ist es sinnvoll, sorgsam mit dem Wasser umzugehen, aber ich möchte auch hier den Blick von der Quantität ein bisschen in Richtung Qualität schieben. Sorgsamer Umgang mit Wasser bedeutet eben nicht nur, dass wir weniger Wasser verbrauchen, sondern wir auch weniger Stoffe in das Wasser einbringen müssen, die dann später nicht mehr abgebaut werden können. Ganz wichtig dabei ist die Restriktion von PFAS auf europäischer Ebene. Das ist enorm wichtig, dass das hier vorgebracht wird und das Ganze auch weitergetrieben wird, weil PFAS wirklich Substanzen sind, die am Ende, egal wo sie eingetragen werden, auch im Wasserkreislauf landen. Dementsprechend ist es wichtig, da an der Quelle anzusetzen und zu sehen: Okay, wir gehen restriktiv mit PFAS um. – Das ist im Prinzip nur ein Beispiel dafür, wie man den ganzen Wasserkreislauf schützen und sorgsam mit dem Wasser umgehen kann, indem man auch an der Quelle ansetzt und auf die Qualität achtet. So, jetzt bin ich durch! – Danke!

Vorsitzende June Tomiak: Vielen Dank! – Dann hat Herr Dr. Pallasch das Wort.

Dr. Matthias Pallasch (Ingenieurgesellschaft Prof. Dr. Sieker mbH): Vielen Dank, Frau Vorsitzende und für die vielen Fragen aus den Fraktionen! – Ich würde die in die drei Themenblöcke Finanzierung, Regelwerke, Rahmenvertrag aus unserer Sichtweise der dort draußen planenden Schwammstadtplanerinnen und -planer bündeln.

Zur Finanzierung: Das ist ganz eng an das Thema Rahmenvertrag gekoppelt. Ich möchte das tatsächlich als Anregung an ein paar Beispielen einmal erörtern. Wenn wir zum Beispiel im Kontext von Projekten der Schwammstadt heutzutage Zisternen im öffentlichen Raum planen, dann ist die Finanzierung des Betriebs solcher Zisternen nicht geregelt, weil es nicht in dem aktuellen Aufgabenportfolio der BWB ist. Zisternen sind ein ganz relevantes Element der Schwammstadt, weil wir damit eben Regenwasser vor Ort halten und dann auch gezielt für die Bewässerung nutzen können, ein Beispiel. Ein anderes Beispiel ist, wenn wir – und da kommen wir an die Schnittstelle Berliner Regelung – zum Beispiel Versickerungsanlagen im öffentlichen Raum planen, die nicht den Standards und dem Reglement, was die Berliner Wasserbetriebe innehaben, entspricht, dann ist die einzige Möglichkeit, dass solche Maßnahmen im Betrieb über die Bezirke finanziert werden. Das heißt, hier greift nicht mehr das Niederschlagswasserentgelt. Die Forderung ist und der Gedanke sollte sein, dass das Niederschlagswasserentgelt, was vorhanden ist, dort hinfließen sollte, wo die Maßnahme umgesetzt und betrieben wird. Das ist letztendlich mit der Frage, welche Aufgaben bei den BWB liegen, eng verknüpft.

Ein anderes Beispiel: Wir haben im Kontext der Schwammstadt auch das Thema Überflutungsvorsorge. Wenn wir heute Flächen planen, die dezidiert nur der Überflutungsvorsorge

dienen und nicht der Versickerung, also dem Entwässerungsteil der Schwammstadt, dann ist auch die Finanzierung des Betriebs solcher Flächen Stand heute in Projekten, die aktuell laufen, nicht geklärt. Insofern sehen wir, dass das Thema Finanzierung und die Rahmenvereinbarung hier notwendig sind. Sollte sich das Aufgabenportfolio der BWB nicht ändern, muss man sich halt überlegen, wie dann andere Akteure von diesem existierenden Topf des Niederschlagswasserentgelts profitieren können.

Der zweite Block, Regelwerke: Sie müssen wissen, dass die Schwammstadt sehr stark in einer Normungsumgebung geplant wird. Das sind nicht nur die Berliner Regelwerke, das sind die ganzen Normen der verschiedenen Fachdisziplinen. Da schichten sich die normativen Ansprüche übereinander und man darf auch Normung und Standardisierung nicht verteufeln. Es ist nur leider so, dass Standards – das betrifft auch Berliner Standards – teilweise einen sehr exklusiven Charakter haben. Es fehlt an Flexibilität, um letztendlich in der gebauten Stadt in dieser Flächenkulisse Maßnahmen umzusetzen. Ich möchte auf ein Beispiel verweisen; das ist die Gestaltung des Molkenmarkts. Wir haben zusammen mit anderen Planern und Planerinnen eine Machbarkeitsstudie zum Molkenmarkt durchgeführt, wo wir mal alle Flächenbedarfe summiert haben, die aus den unterschiedlichen untergesetzlichen Verordnungen resultieren, also AV Stellplätze und was es sonst noch alles gibt. Wenn man die summiert, merkt man einfach: Diesen Platz haben wir nicht. Er reicht nicht für die gegebene Fläche hier in Berlin. Insofern braucht es eine flexiblere Auslegung.

Zwei weitere Beispiele, um Ihnen mal zu verdeutlichen, wie auf der Planungsebene wir an Grenzen kommen, dass sich zum Beispiel Berlin im wasserbehördlichen Vollzug die Regel gesetzt hat, wenn wir Bäume und Versickerungsanlagen kombinieren, dann muss die Mulde mindestens 20 Quadratmeter haben. Berlin war damit sehr fortschrittlich, überhaupt dieses Thema anzugehen, schon vor dem Klimaanpassungsgesetz, aber die Regelung konkret ist dort draußen in der Praxis häufig ein Hemmnis. Solche sehr detailreichen und auf Sachebene gesetzten Beispiele müssen wir angehen, die müssen systematisch darauf hin geprüft werden, ob sie dem Gesamtgedanken des Wasserhaushalts und eben nicht nur der abwassertechnischen Entwässerung dient und inwiefern wir die flexibler gestalten können, um letztendlich die Schwammstadt in die Breite zu bekommen. Ich habe es anfangs gesagt: Wir haben viele gute Beispiele in Berlin, aber die sind mit einem enormen Planungsprozess verbunden. Das lässt sich sicherlich verschlanken, wenn wir hier Normen entsprechend überarbeiten.

Es gab noch die Frage zu BENE, die ich insofern beantworten kann: Ja, es gab Kürzungen bei BENE 2, die Projekte der Wasserwirtschaft der Schwammstadt durchaus empfindlich eingekürzt haben. Entsprechend gab es dort auch eine Stellungnahme aus MARIS heraus. Bezüglich der Kleingewässer: Auch da möchte ich unterstreichen, dass insbesondere die Maßnahmen der Schwammstadt, dass man Niederschlagswasser vor Ort nutzt, um solche Kleingewässer zu stützen, sicherlich ein riesiges Potenzial haben. Da gibt es schon einige gute Beispiele in Berlin, unter anderem auch kommuniziert durch die Regenwasseragentur. Das ist ein Ansatz, den man meiner Meinung nach verfolgen sollte. – Danke!

Vorsitzende June Tomiak: Vielen Dank! – Dann hat Dr. Rouault das Wort.

Dr. Pascale Rouault (KWB): Vielen Dank! – Es wurden schon sehr viele Punkte durch meinen Vorredner und meine Vorrednerin genannt, aber ich glaube, dass ich auf einzelne Punkte eingehen kann.

Herr Freymark! Sie haben die erste Frage in unsere Richtung gestellt. Es ging um die Wasserversorgung und ob sie sicher ist. Ich glaube, dass die Frage Frau Grützmacher bereits sehr gut beantwortet hat. Der Wasserplan mit den 32 Maßnahmen, die darin angedacht sind, ist auch dafür da. Ich glaube, dass wir – und das ist genau das, was Frau Grützmacher auch gesagt hat – uns mit vielen Sachen beschäftigt haben. Wir haben aber die Möglichkeit, uns wirklich mit den Risiken weiterhin zu beschäftigen. Wie ist das, wenn sich die Szenarien verschärfen? Wir haben schon eine Klimaentwicklung, die nicht unbedingt durch die Klimaprojektion vorgesehen waren, und dann kann man sich die Frage stellen, ob man sich mit weitergehenden Szenarien beschäftigen müsste. Dieses Berlin Water Model ist eine Möglichkeit, so etwas vorzusortieren, kein Ersatz für vertiefte Modelle, auf keinen Fall, aber so hat man die Möglichkeit, viel mehr in Risiko zu denken, viel mehr so einen gesamten Wasserkreislauf im Blick zu haben. Das ist wirklich sehr wichtig.

Ist Trinkwasser ein Abfallprodukt? – Das habe ich einfach so gesagt, weil es so ist. Wenn das Regenwasser einfach in die Gewässer fließt, nicht genutzt wird und es die Gewässer über die Mischwasserüberläufe belastet, dann ist es für mich ein Abfallprodukt. Das ist vielleicht auch ein Grund, warum wir Schwierigkeiten haben, die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie zu erreichen. Das zielte eigentlich auf eine andere Frage. Das ist alles Wasser, das für das Stadtgrün und für viele andere Versorgungen verloren geht. Deswegen habe ich das Wort genannt.

Für die Wasserversorgung ist die Zusammenarbeit mit Brandenburg, denke ich, sehr wichtig. Wenn sich Berlin mit dem Wasserplan so extrem anstrengt – es ist wirklich sehr beeindruckend, was in den letzten Jahren aus meiner Sicht passiert ist –, glaube ich, dass wir eine ähnliche Sache in Brandenburg brauchen. Der Wasserhaushalt in Brandenburg muss auch genauso gesichert werden, damit die Wasserversorgung in Berlin gestärkt wird.

Zu der zweiten Frage von Frau Vierecke – vielen Dank dafür! Wie ist das, wenn die Spree 20 Prozent weniger Wasser trägt. Ich kann nur berichten, dass wir mit unserem Berlin Water Model auch Szenarien aus dem Masterplan berechnet haben, und das sind die Szenarien, die in Berlin 2018 und 2019 schon stattgefunden haben. Was wir sehen konnten, war, dass die Wasserqualität genau ausgereicht hatte. Viel mehr kann ich nicht sagen. Für weitere Szenarien müsste man die auch rechnen. Das war nicht mehr unser Auftrag. Wir haben es wirklich nur geschafft, das Modell in dieser Hinsicht zu prüfen und zu entwickeln, aber keine weiteren Szenarien ausgerechnet. Ich glaube aber, dass es sich auf jeden Fall lohnt, vertiefter darauf zu schauen. Was aber auf jeden Fall sein wird, wenn die Spree weniger Wasser hat, ist, dass die Auswirkungen der Mischwasserüberläufe stärker wird. Das bedeutet für unsere Ökologie, dass wir wirklich ein Problem haben werden. Das ist auf jeden Fall ein Thema.

Frau Tomiak! Sie hatten zu den Kleingewässern gefragt. Frau Grützmacher und Herr Pallasch haben das schon zum Teil beantwortet. Ich hätte aber gerne noch einen Punkt hinzugefügt. Das ist, dass man die Wasserqualität im Blick haben muss, sodass alle anderen Wirkungen eigentlich sich entfalten können. Bitte einen Blick auf die Wasserqualität!

Von Herrn Bertram kam die Frage zum Abkopplungspotenzial über die Karte der Regenwasseragentur. Was hat es damit zu tun, was dann auch passiert? – Ich kann sagen, mit unseren Karten aus dem ABIMO, die jetzt auch veröffentlicht sind, sehen wir Bedarf, etwas zu verändern. Mit der Abkopplungspotenzialkarte hat man die Möglichkeit zu sehen, wo abgekoppelt

werden kann, aber es gibt auch noch weitere Möglichkeiten. Es wird nämlich nicht gezeigt, wo gewirtschaftet werden kann. Wir haben etwas über Zisternen gehört und so weiter; also Abkopplung ist reine Abkopplung. Deswegen passt das zusammen, das ergänzt sich, aber das ist keine Doppelung.

Was ist in den letzten Jahren passiert? – Ich würde sagen, dass es im Neubau wirklich einen Gamechanger gab. Was ich so wahrnehme, ist, dass alle Neubaugebiete wirklich nach Prämissen der Schwammstadt gebaut werden, und das ist wirklich wunderbar. Im Bestand ist es wirklich schwierig, und das sind die Schwierigkeiten der Umsetzung, die Herr Pallasch schon erwähnt hatte. Und weil wir die vielleicht auch nicht im Blick haben, haben wir vielleicht auch nicht die Rahmenbedingungen oder die Gesetze geändert, sodass es auch möglich wird, dass vielleicht, wenn ein Dach saniert wird, es jedes Mal geprüft werden sollte, dass es begrünt werden sollte. Solche Sachen wären wirklich ein Gamechanger, denn jede Fläche, die heute angepackt wird und nicht nach den Regeln der Schwammstadt umgebaut wird, ist eine verlorene Fläche. Wir haben anhand eines Auftrags der SenMVKU in ... [unverständlich], dass wir glauben, dass es möglich ist, diese Schwammstadtziele zu erreichen, also 30 Prozent Abkopplung und so weiter innerhalb von 30 Jahren. Wir reden nicht über eine Sache, die man innerhalb eines Jahres schafft, auf keinen Fall. Das könnte keine Stadt tragen. Die Kosten wären viel zu hoch und es hätte auch keinen Sinn. Was wir aber gesehen haben, ist, dass es jedes Mal wirklich geprüft werden muss. Das ist mir ganz wichtig. Woran ich wirklich glaube, ist, dass wir wirklich im Quartier denken müssen. Wir müssen Quartierlösungen entwickeln, sodass nicht jede Fläche für sich denken muss. Das ist nicht mehr möglich. Ich glaube, wir haben den Platz dafür nicht. Dazu hat Herr Pallasch schon etwas gesagt.

Dann hatten wir die Frage von Frau Leschewitz, was das Berlin Water Model vom Masterplan Wasser unterscheidet. Der Masterplan Wasser hat 32 Maßnahmen vorgesehen. Das ist wirklich das große Ziel für Berlin. Mit unserem Berlin Water Model haben wir die Möglichkeit, 14 dieser Maßnahmen zu bewerten, auszurechnen. Alle anderen sind nicht dabei. Das ist wirklich nur ein Teil davon, die wir uns anschauen können. Wie schon mehrfach erwähnt auch nicht nur mit diesem Modell. Das ist ganz wichtig. Das Modell ermöglicht, viele Maßnahmen, viele Szenarien und auch Kombinationen von Maßnahmen einzeln zu prüfen, und das geht sehr schnell. Das ist wirklich der Vorteil unseres Modells. Das muss man unterscheiden. – Ich glaube, das war es von meiner Seite. Habe ich vielleicht eine Frage vergessen?

Vorsitzende June Tomiak: Frau Leschewitz?

Franziska Leschewitz (LINKE): Ja, ich wollte nur noch einmal die Einschätzung hören, was es eigentlich für Konsequenzen hat, wenn wir die Vorgabe der EU-Wasserrahmenrichtlinie nicht einhalten. Das sollte man der Öffentlichkeit auch noch einmal klarmachen. – Danke!

Dr. Pascale Rouault (KWB): Ich glaube, dass ich diese Frage nicht selbst beantworten kann; ich glaube, da sind wir beim Senat. Ich glaube, zur Einschätzung, ob wir das Erreichen wollen, gab es auch schon Antworten. Den Beitrag der Mischwasserüberläufe habe ich schon erwähnt. Ich glaube, dass wir kompetente Leute in der Stadt haben, die sich darum kümmern, und die Antwort kommt wirklich von der Seite des Senats.

Vorsitzende June Tomiak: Vielen Dank! – Erst einmal hat noch Herr Dr. Tzoupanos das Wort.

Dr. Nikolaos Tzoupanos (TU Berlin): Vielen Dank! – Es gab eine Frage. Mein Punkt war, dass man weiterhin und vielleicht noch verstärkt einen Blick auf die Wasserqualität haben sollte. Die ist auch sehr eng mit der Menge gekoppelt. Ich habe über organische Mikroschadstoffe gesprochen, also Medikamente, Pflanzenschutzmittel, Destruktoren und reine Chemikalien wie PFAS, die wurden auch vorhin erwähnt. Das Thema hier ist, dass es Diskrepanzen zwischen den Regelungen, den Verordnungen gibt. Der gesetzliche Rahmen ist bei den Empfängern von gereinigtem Abwasser, Gewässer, Grundwasser und auch Trinkwasser, viel strenger. Das kann später zu Problemen führen. Deswegen sollte man eine umfangreiche Überwachung haben. Natürlich ist es auch sehr schwierig, einige von diesen Substanzen jetzt im Abwasser zu regeln. Das ist einfach so. Die PFAS sind ein sehr gutes Beispiel dafür. Es ist sehr schwierig, die aus dem Wasser, Abwasser rauszuholen. Das ist klar. Das ist sehr schwierig, die zu regeln, aber das wird irgendwann einmal kommen.

Jetzt könnte man mit der einen oder anderen Maßnahme eingreifen, zum Beispiel wie ein Verbot. Die sind aber mehr industrieller Herkunft. Das häusliche Abwasser hat nicht große Konzentrationen von PFAS. Die kommen hauptsächlich aus der Industrie. Da sollte man bei der Industrie arbeiten, Abwasserbehandlung vor Ort, lokal, Wiedernutzung, bei der Industrie dem Zero Water Discharge Principle folgen. Viele machen das schon. Das wäre eine Lösung. Das war mehr oder weniger mein Punkt.

Vorsitzende June Tomiak: Ganz herzlichen Dank an Sie alle für all die Einschätzungen! – Dann übergebe ich zur Beantwortung an die Frau Senatorin.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich beginne mal, aber da ich zeitweise den Saal verlassen hatte, werden dann Frau Bathe und Herr Staatssekretär Kraus entsprechend ergänzen.

Ich finde, dass das untergesetzliche Planungskorsett, so wie Sie es beschrieben haben, ein wichtiger Punkt ist, der uns aber nicht nur in diesem Bereich trifft, sondern wirklich überall. Wo man hinschaut hat sich Berlin Krönchen aufgesetzt, schon vor unserer Zeit, teilweise schon lange vor unserer Zeit, und jetzt müssen wir diese Krönchen wieder runternehmen, damit wir in Geschwindigkeit und andere Kostenstrukturen kommen und damit wir uns nicht selbst ständig ein Bein stellen. Da sind wir sehr daran interessiert, und insofern treten wir da auch gerne mit Ihnen in den konkreten Austausch, damit Sie uns dann auch als Planer sagen, wo genau diese Hindernisse liegen. Wir treten aber nicht nur mit Ihnen in den Austausch, sondern mit allen anderen auch, weil Sie, die da draußen vor Ort genau solche Planungen vollziehen, uns am ehesten sagen können, was Sie an der Umsetzung hindert. Das zunächst!

Zu der Erweiterung der Unternehmensaufgabe der Berliner Wasserbetriebe: Es gibt eine Senatsvorlage, aber es gibt nicht nur diese Senatsvorlage, sondern es gibt auch das Klimaanpassungsgesetz, das auch vorsieht, dass die BWB neue Aufgaben übernehmen, und im Rahmen des Klimaanpassungsgesetzes und dessen Umsetzung werden wir dann auch Vorschläge unterbreiten, wie diese Aufgaben tatsächlich auf die Wasserbetriebe übertragen werden können, ob es da einer Ergänzung des Berliner Betriebe-Gesetzes bedarf oder ob wir das im Rahmen eines Unternehmensvertrages mit den Wasserbetrieben konkretisieren, was im Klimaanpassungsgesetz, im Rahmen des Artikelgesetzes, was wir dort sehen, bereits entsprechend geregelt ist.

Hinsichtlich des Oberflächenwasserentnahmeentgelts, das angesprochen worden ist: Der größte Oberflächenwasserentnehmer sind die BWB selbst. Wenn die Wasserbetriebe mit einem Entnahmeentgelt belastet würden, dann wäre es so, dass diese auf die Kundinnen und Kunden übertragen würden. Sie haben es erwähnt. Das Grundwasserentnahmeentgelt in Berlin ist bereits ziemlich hoch. Berlin nimmt über das Grundwasserentnahmeentgelt jährlich 60 Millionen Euro ein. Beim Grundwasserentnahmeentgelt sind aber nach meinem Kenntnisstand die BWB nicht diejenigen, die am meisten bezahlen müssen. – Frau Grützmacher! – [Zuruf Dr. Gesche Grützmacher] – Doch, auch! Okay! Damit ist die Belastung der Bürgerinnen und Bürger aber schon hoch genug. Wenn wir noch ein weiteres Oberflächenwasserentnahmeentgelt einführen würden, dann würde die Belastung der Bürgerinnen und Bürger noch einmal exponentiell steigen.

Hinsichtlich der Fragen zur Lausitz und zu den anderen Bundesländern: Wir haben eine Studie in Auftrag gegeben, die alle Aspekte beleuchtet. Noch einmal: Wir haben es auf die Tagesordnung der UMK gesetzt. Wir sind in der Terminfindung auch noch speziell mit den Ländern Sachsen und Brandenburg. Wenn wir die Studie mit allen Aspekten vorliegen haben, dann werden wir in die Verhandlungen eintreten und werden das auch zügig umsetzen. – Herr Bertram, da ist mir ziemlich egal, ob sich Minister oder Ministerinnen aus anderen Bundesländern schon öffentlich äußern. Solange die Studie nicht da ist, kann ich die Situation nicht bewerten. Ich werde mich dann dazu äußern, wenn die Studie tatsächlich vorliegt. Alles andere erachte ich als etwas unseriös. Insofern noch einmal zu dem Punkt der Elbe: Ja, das habe ich gesagt. Warum habe ich das gesagt? – Weil wir alle Aspekte beleuchten müssen, und eine Überleitung aus der Elbe ist eben nicht die kostengünstigste Variante. Deswegen habe ich diese Möglichkeit zunächst einmal ausgeschlossen, weil wir ja glauben, dass es günstigere Varianten geben kann und geben wird.

Zur Einhaltung der Wasserrahmenrichtlinie: Das ist nicht nur unser Problem, sondern das ist ein grundsätzliches Problem, das auch andere Kommunen, Länder, auch europäische Länder haben. Damit handelt es sich um ein strukturelles, europaweites Umsetzungsproblem. Wir nutzen alle verfügbaren Instrumente, insbesondere im Bereich der dezentralen Regenwasserbewirtschaftung, das jetzt auch noch einmal durch das Klimaanpassungsgesetz unterstützt wird. Im Rahmen der Regen- und Mischwasserkanalisation haben wir tatsächlich ein Problem. Das lässt sich aber, wie Frau Dr. Grützmacher auch schon ausgeführt hat, eben nicht von jetzt auf gleich ändern, aber auch da sind wir dran. 2027 wird nicht eingehalten, aber wie ich bereits ausgeführt habe, handelt es sich dabei um ein europaweites strukturelles Problem. Insofern gehen wir davon aus, dass es da auch einen konstruktiven Umgang der EU-Kommission mit den Umsetzungsrealitäten geben wird, weil alle europäischen Länder dieses Problem haben. – Zur Frage der der Entsiegelung und zur Ergänzung wird der Staatssekretär ausführen.

Vorsitzende June Tomiak: Dann haben Sie das Wort, Herr Kraus!

Staatssekretär Andreas Kraus (SenMVKU): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Vielen Dank! – Zur Frage der Entsiegelung: Die Senatsverwaltung setzt sich sehr intensiv dafür ein, in Berlin die Entsiegelung und Wiederherstellung von Bodenfunktionen voranzubringen. Wir werden bis Ende 2026 ein gesamtstädtisches Entsiegelungsprogramm entwickeln. Wir haben dazu vor einem Monat einen sehr umfangreichen Workshop durchgeführt, auf dem sich über

100 Teilnehmende aus den verschiedenen Bezirken und Verwaltungen über erste Arbeitsergebnisse und Projektarbeiten ausgetauscht haben. Das Ziel ist also hier vor allen Dingen ein Monitoring zu finden, welche Flächen bereits entsiegelt sind, entsprechende Potenzialanalysen für die Versiegelung aufzuzeigen und vor allen Dingen auch Best Practices aus den einzelnen Bezirken zusammenzutragen. Wir haben unter anderem auch ein Pilotprojekt zur KI-basierten Erfassung von Versiegelung vorgestellt. Wir haben das Klimaanpassungstool, das Charlottenburg-Wilmersdorf an der Stelle anwendet. Wir haben uns da ganz genau einmal angeschaut, wie die Entsiegelungsstrategie des Bezirks Mitte ist und wie Entsiegelungsstrategien auf aufgelassenen Gewerbestandorten sind. Das Ziel ist, wie gesagt, ein entsprechendes Entsiegelungsprogramm aufzusetzen, weil wir tatsächlich Versiegelung reduzieren und Entsiegelung stärken wollen und so auch zur Netto-Null-Versiegelung kommen wollen.

Zum Thema der UMK und vor allen Dingen der Wasserresilienz: Wie Frau Senatorin schon ausgeführt hat, ist das Thema „Wasserresilienz stärken“ auf unsere Mitinitiative hin auch Thema der UMK. Das Gastgeberland Sachsen hat es in Absprache auch mit uns und weiteren Ländern wie Hessen und Bayern sehr zentral auf die Tagesordnung setzen lassen. Es geht im Wesentlichen darum, dass der Bundesrat die Bundesregierung auffordern soll, angesichts der Dürreschäden der vergangenen Jahre und der Entwicklung, die wir alle sehen, einen bundesweiten Rahmen zum Dürre- und Risikomanagement zu etablieren und auch zu entwickeln. Und es geht darum, dass es auch ein Risikomanagement für Phasen mit Wasserknappheit geben soll, das in das Wasserhaushaltsgesetz aufgenommen werden soll. Es soll Regelungen zur Nutzungspriorisierung und länderübergreifenden Überleitungen geben. Natürlich soll die UMK sich auch dafür einsetzen, die Wasserresilienz in Flussgebieten auch im Rahmen eines länderübergreifenden Wassermengenmanagement entsprechend zu koordinieren. Wir sind große Anhänger davon, die im Koalitionsvertrag des Bundes auf Zeile 1337 fortfolgende genannten Bundesländergremien zeitnah zu etablieren, um auch im Rahmen der Bergbausanierung, gerade in Braunkohlebergbaugebieten in den dort beeinträchtigten Flusseinzugsgebieten Verhältnisse herzustellen, die dann am Ende des Tages einen sich weitgehend selbstregulierenden Wasserhaushalt ermöglichen, was genau unser Problem adressieren würde.

Vorsitzende June Tomiak: Dann sind wir am Schluss der heutigen Anhörung angekommen. Ich möchte mich ganz herzlich bei Ihnen als Anzuhörende im Namen des Ausschusses bedanken, dass Sie heute hier waren! Vielen Dank! Sie sind herzlich eingeladen, die letzte halbe Stunde mit uns zu verbringen, müssen das aber auch nicht tun. Ich schlage vor, dass wir den Tagesordnungspunkt 3 vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt. – Da kann ich Einvernehmen dazu feststellen, dann verfahren wir so.

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [0285](#)
Drucksache 19/2898 UK
**Maßnahmenprogramm zum Erhalt und Schutz der
Berliner Kleingewässer**

- (neu) b) Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [0296](#)
Drucksache 19/3107
Kleingewässerprogramm ausgestalten UK

– Vorabüberweisung –

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

- Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0169](#)
Wasser in Berlin und Brandenburg: UK
Drohende Strafzahlungen durch Nichteinhaltung der
EU-Wasserrahmenrichtlinie in Berlin ab 2027 und
Umsetzungsstand der Projekte als Maßnahmen zur
Einhaltung der Richtlinie
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [0288](#)
Drucksache 19/2888 UK
Klimaanpassungsgesetz umsetzen:
Baumschutzverordnung novellieren!

Vertagt.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.